

THEMA JUGEND

BILD' DIR DEINE BILDUNG

BILDUNG ALS
ALLHEILMITTEL

ZUKUNFTSORIENTIERTE
BILDUNGSZIELE

BILDUNGSLANDSCHAFTEN UND
-ORTE GESTALTEN




Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

www.thema-jugend.de

Unsere Themen:

Allheilmittel: Bildung!? Bernd Zymek	2
Bildungsziele zukunftsorientiert gestalten Martin R. Textor	6
Inklusive Bildung Sinnvolles Leitprinzip oder pädagogische Wohlfühlformel? Axel Bernd Kunze	8
Bildungsraum Schule Was Schüler/-innen wünschen Jan-Christoph Horn	11
Offene Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsort Bildung braucht viele Gestalten Claudia Werker / Manuel Hetzinger	13
Material zum Thema	15
Kommentar:	
Sitzenbleiben kommt teuer zu stehen Dr. Josef Hanel	16
Bücher / Arbeitshilfen:	
Zwangsheirat und Zwangsehe Falllagen, rechtliche Beurteilung und Prävention	17
Schluss mit Cybermobbing Das Trainings- und Präventionsprogramm „Surf-Fair“	17
„Wenn-Ich-Karten“ zum Thema Gewalt	18
Neue Informationsmaterialien zu Alkohol	18
Onlineberatung für Kinder und Jugendliche Neue Ausgabe der Zeitschrift KJug	19
Informationen:	
Aufruf 2012 der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW	19
Fußballweltmeisterin beim 1. Malteser Fair Play-Jugendkongress	20
Veranstaltungshinweis 04.09.2012 in Dortmund „Kumpel Alkohol“ - Alkoholprävention an berufsbildenden Schulen	20
Katholikentag in Mannheim	20
Gleichheit in Verschiedenheit Fachkräfte müssen sich mit Vielfalt und Vorurteilen beschäftigen	21
Neu im Vorstand: Dr. Marianne Genenger-Stricker	21
BILDUNG NEHMEN WIR PERSÖNLICH Jahresschwerpunkt der LAG	22

Die Antwort ist: Bildung! Unabhängig von der Frage? Beobachtet man heutzutage politische, wirtschaftliche, aber auch wissenschaftliche Debatten, so erscheint Bildung derzeit ubiquitär eine Antwort auf Probleme und Fragen ganz verschiedener Couleur zu sein. In seinem Essay geht der Autor diesem Phänomen nach und stellt vier Thesen auf, warum Bildung auf allen Seiten derzeit als Lösungsperspektive akzeptiert und gewünscht zu sein scheint. Zudem hinterfragt er, ob die damit verbundenen Versprechen tatsächlich einhaltbar sind.

ALLHEILMITTEL: BILDUNG!?

Bernd Zymek

Wenn Ökonomen und Wirtschaftspolitiker das eigene Land oder andere Länder in einer Struktur- und Wachstumskrise sehen und deshalb „Innovationen“ fordern, dann steht heute Bildung „ganz oben auf der Agenda“. Wenn Soziologen beklagen, dass die soziale und ökonomische Ungleichheit der Bürgerinnen und Bürger eines Landes zugenommen habe, dann sind Bildungsreformen meist die einzige Gegenstrategie, auf die sich alle einigen können. Wenn Sozialpolitiker über den „Umbau des Sozialstaats“ diskutieren, dann sind seit einigen Jahren „Bildungsangebote“ eine Allzweckwaffe, die als Vorsorge und Antwort auf alle Lebenskrisen zum Einsatz kommen sollen. Wenn die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern aus anderen Ländern und Kulturen konflikthaft verläuft, dann soll es in erster Linie das Bildungssystem, spezielle Förderangebote für Kinder aus solchen Familien, revidierte Lehrpläne oder eine neue Lehrerbildung richten. Wenn die neuen Medien die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen mehr und zwiespältiger verändern als vermutet, dann soll dies eine neue „Medienpädagogik“ bearbeiten.

Diese Beispiele sind nur die neuesten Facetten einer Tendenz, aktuelle Problemlagen durch pädagogische Programme zu beantworten, um als Politiker Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Pädagogen geraten dadurch in ein Dilemma: Einerseits können sie sich geschmeichelt fühlen, welche Wundertaten von ihrer sonst oft gescholtenen Profession erwartet werden und nicht selten gibt es für solche Programme ja auch neue Fördertöpfe und neue Stellen, die man nicht ablehnen kann und will. Aber andererseits weiß jeder Pädagoge mit etwas Berufserfahrung, wie illusionär es ist, solche aktuellen Themen durch Unterricht oder gar ein eigenes Fach erfolgreich zu bearbeiten. Dem Erziehungswissenschaftler, dessen Auftrag und Privileg es ist, pädagogische Themen mit etwas mehr Distanz und in weiterer Perspektive zu sehen, drängen sich drei Frage

auf: Warum ist heute auf allen Seiten und bei allen Problemen die Antwort: Bildung! Warum kommt diese Antwort immer wieder an? Aber auch: Können die damit gemachten Versprechen eingehalten werden? Dazu vier Thesen.

1. Bildung ist in den letzten Jahrzehnten für die Lebensperspektiven aller Menschen immer wichtiger geworden.

Im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ja bis in die ersten Nachkriegsjahrzehnte absolvierte die ganz große Mehrheit der Bevölkerung nur die Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr an Volksschulen, die in ländlichen Regionen auch noch eine wenig gegliederte Schule war. Eine solche Elementarbildung, die weitgehend auf den Erwerb der Kulturtechniken, Heimatkunde und Religionsunterricht beschränkt war, erschien damals als ausreichend für eine Arbeit in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Ungelernte Erwerbsarbeit wurde in ausreichendem Maße angeboten und ihre Entlohnung ermöglichte bei sparsamer Haushaltsführung auch eine Familiengründung. Darüber hinausgehende Berufsbildung fand nur für eine kleine Handwerker- und Facharbeiterelite statt. Nur etwa 10 % eines Altersjahrgangs – vor allem Kinder aus (klein)bürgerlichen Beamten- und Angestelltenfamilien – besuchten die Gymnasien; aber davon ging nur ein Teil bis zum Abitur und dann auf die Universitäten über. In dieser historischen Epoche war formalisierte Bildung für die große Mehrheit der Menschen nur eine staatlich verordnete und als lästig empfundene Pflicht, die die Mithilfe der Kinder oder ihren Zuverdienst zum Familieneinkommen begrenzte. Der Nutzen einer darüber hinausgehender Schulbildung lag jenseits der eigenen Erfahrungs- und Vorstellungswelt der meisten. Nur eine kleine Minderheit verband mit einem weiterführenden Schulbesuch berufliche Karriereperspektiven, vor allem im öffentlichen Dienst.

Bildung war ein Thema, mit dem sich konfessionelle und politische Lager in „Kulturkämpfen“ über die Konfessionsschule oder die politische Ausrichtung des Unterrichts bei ihrer Anhängerschaft profilieren konnten. In den Expertenmilieus wurde Bildung als eine Dimension der Persönlichkeitsbildung und des humanen Fortschritts diskutiert.

Das änderte sich in den 1960er Jahren, als eine neue sozialhistorische Konstellation und neue Argumente die Szene veränderten: Zum Entsetzen der akademischen Expertinnen und Experten wurde Bildung - zunächst international, dann auch in Deutschland - nun mit ökonomischen Argumenten und Begriffen, d. h. als eine „Investition“ diskutiert, die sowohl für den einzelnen wie auch als Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum wichtig und lohnend sei (human-capital-Ansatz). Diese Argumentation, die spektakulär 1961 von der ersten OECD-Konferenz in Washington propagiert wurde, diente zur politischen Rechtfertigung für einen beispiellosen Ausbau des Bildungswesens weltweit, auch in der Bundesrepublik. In den 1950er Jahren wurde zunächst das Mittel- bzw. Realschulwesen, in den 1960er Jahren auch die Gymnasien, schließlich auch das Hochschulwesen ausgebaut.

Damit antwortete die Politik auf eine zunehmende Nachfrage nach weiterführender Bildung, die vor allem auf drei sozioökonomische Veränderungen zurückzuführen war: (a) auf den beschleunigten Rückgang der traditionellen Selbstständigenexistenzen in Landwirtschaft, Handwerk und Kleingewerbe, (b) den beginnenden Rückgang der Beschäftigten in der industriellen Massenproduktion und die Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten, (d. h. Verwaltung, Erziehung, Gesundheit und soziale Dienste), die in der Regel formale Qualifizierung voraussetzen; (c) auf den Rückgang der innerbetrieblichen Bewährungsaufstiege ohne formale schulische Qualifikationen und schließlich (d) auf den Strukturwandel der Familien, insbesondere die Reduktion der Zahl der Kinder pro Familie und das gewandelte Verständnis der Rolle der Frauen. Angesichts des ökonomischen Strukturwandels setzte man in den traditionellen Selbstständigenfamilien immer seltener auf eine Übernahme und Weiterführung des Betriebs durch die Kinder und ihre Mitarbeit, sondern auf deren „Umstieg“ in qualifizierte abhängige Beschäftigungsverhältnisse und damit einen weiterführenden Schulbesuch. In den Familien aller Sozialschichten machten die Eltern im Hinblick auf einen weiterführenden Schulbesuch keinen Unterschied mehr zwischen den Söhnen und den Töchtern. Die sogenannte *Bildungsexpansion* der folgenden Jahrzehnte wurde vor allem von diesen beiden Entwicklungen getragen, nur in begrenztem Maße von Aufstiegsprozessen von Kindern aus der Arbeiterschaft.

2. Bildung ist ein ideales politisches Thema.

Der Ausbau des Bildungssystems eröffnete den Politikern, in Deutschland insbesondere den Landespolitikern, ein Handlungsfeld, in dem sie rechtlich zuständig waren, tätig werden und auch die große Mehrheit ihrer Wählerschaft ansprechen konnten: Durch große und kleine Bildungsreformen und die - oft kontroversen - Diskussionen darüber konnte pragmatisch die Lösung aktueller Problemlagen den Schulen als neues Unterrichtsfach oder Unterrichtsprinzip übertragen werden (politische Bildung, Sexualpädagogik, Drogen- und Gewaltprävention, Mädchenförderung, Jungenförderung, Integration und Inklusion), aber auch erweiterte individuelle Lebensperspektiven und gleichzeitig gesellschaftlicher Fortschritt in Aussicht gestellt werden. In programmatischen Schlagworten wie „Bildung als Bürgerrecht“ und „Chancengleichheit durch Bildung“ ließen sich - ohne direkt in soziale und ökonomische Strukturen eingreifen zu müssen - weitreichende politische und „humane“ Ziele formulieren, deren Einlösung aber entscheidend von dem individuellen Engagement abhing. Bildung ist - so besehen - für Politiker ein ideales Thema, denn es betrifft fast alle und es weckt Hoffnungen auf individuellen und auch gesellschaftlichen Fortschritt. Dabei kommt deutschen Politikern eine Besonderheit der deutschen Geistesgeschichte entgegen: Im Zentrum des deutschen Bildungsdiskurses stehen seit Jahrhunderten zwei Begriffe, die es nur in der deutschen Sprache und mit einer besonderen kulturellen Bedeutungsladung gibt: der Begriff der *Bildung* und der Begriff des *Berufs*.

Bildung meint im deutschen Verständnis nicht nur die Ausbildung spezifischer Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern die Entwicklung der ganzen Person. Sie meint nicht nur die Ausbildung der Kräfte jedes einzelnen Menschen, sondern auch die fortschrittliche Entwicklung der ganzen Menschheit. Bildung ist in Deutschland seit zwei Jahrhunderten eine philosophische Reformutopie, in der alte religiöse Vervollkommnungsstrategien und Erlösungshoffnungen in säkularer Form fortleben. Bildung hat einerseits diese idealistische und damit gleichzeitig eine kritische Dimension, weil der hohe, ganzheitliche, „humane“ Anspruch immer wieder als kritisches Argument gegen „nur“ pragmatische, „nur“ auf Nützlichkeit, Verwertbarkeit und ökonomische Rentabilität ausgerichtete Vorschläge und Argumente gewendet werden kann und wird.

Auch in dem deutschen Verständnis von Beruf sind alte religiöse Motive von einer „Berufung“ enthalten, die man als „Bestimmung“ in sich spürt oder entdecken muss und die man in Ausbildung und Arbeit verwirklichen (können) sollte. Hinzu kommen dann die deutschen korporatistischen Traditionen, also die Handwerks-, Industrie und Handelskammern usw., in denen die



Liebe Leserinnen und Leser!

Der zurückliegende Wahlkampf vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und die darauf folgenden Koalitionsverhandlungen haben es erneut gezeigt: Das Thema Bildung ist allgegenwärtig. Dies gilt allerdings nicht nur für die Politik. Auch für den Kinder- und Jugendschutz ist es unabdingbar und lohnenswert, sich mit Bildungschancen für Kinder und Jugendliche auseinanderzusetzen. Denn: „Bildung schützt - vor beeinträchtigenden und gefährdenden Einflüssen!“ So formulierte es einst die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz. Höchste Zeit, fand auch unser Redaktionsbeirat, dass sich eine Ausgabe von **THEMA JUGEND** diesem Thema annimmt.

In den vergangenen Jahren hat sich der Bildungsbegriff spürbar verändert. Teils wird er heute beinahe inflationär gebraucht. Ist jedoch tatsächlich alles „Bildung“, was so bezeichnet wird? Welche Ziele werden mit Bildung verfolgt? Wie sehen gelingende Rahmenbedingungen aus? Wie, von und mit wem können Bildungslandschaften gestaltet werden? Wie kann der Kinder- und Jugendschutz mit seinen Präventionsansätzen in Bildungsprozesse integriert werden? Und: Wie geht das Bildungssystem mit „Scheitern“ um? Diese Fragen bewegten uns während der Redaktionsarbeit zu der vorliegenden Ausgabe.

In den Blick rücken dabei neben der Schule auch Orte der außerschulischen Bildung und des lebensbegleitenden Lernens. In fünf verschiedenen Beiträgen werfen Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis aus ihren jeweiligen Perspektiven ganz unterschiedliche Schlaglichter auf dieses Thema. Natürlich können die Beiträge dieses breit gefächerte Thema nicht in Gänze abbilden. Sie können allerdings zur Diskussion, zur Auseinandersetzung und damit auch zur eigenen Positionierung einladen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Herzliche Grüße aus der Redaktion

Gesa Bertels

verschiedenen Tätigkeiten und wirtschaftliche Aktivitäten „in beruflicher Form“ und als Selbstverwaltung auch rechtlich organisiert sind. Der *Beruf* ist damit in Deutschland eine Bildungsform, die in hohem Maße personale und soziale Identität stiftet; er steht in krassem Gegensatz zum *Job*, der „nur“ wegen des Gelderwerbs ausgeübt wird. Politik zu machen für Bildung und Beruf eröffnete also ein weites Feld für pragmatische Schritte und große argumentative Perspektiven, die die ganze Gesellschaft betreffen, aber immer auch den Einzelnen und seine Lebensperspektiven ansprechen.

3. Neue Bildungspolitik als Antwort auf die enttäuschten Versprechen der alten Bildungspolitik.

In den 1980er Jahren geriet diese Politik, die Bildung als politische Strategie zur Mehrung des individuellen und gesellschaftlichen Fortschritts propagiert hatte, in die Krise, denn zentrale Versprechen, die mit dem Ausbau des Bildungssystems verknüpft gewesen waren, erwiesen sich nun als Illusion: Der Ausbau des Bildungssystems konnte kein unbegrenztes Wirtschaftswachstum garantieren, die Ölkrise beendete in den 1970er Jahren radikal den Nachkriegsboom des Wirtschaftswachstums und Arbeitsmarkts. Die steigende Bildungsbeteiligung verhinderte auch nicht einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, mit dem alle europäischen Gesellschaften seit Ende der 1970er Jahre konfrontiert sind. Die Bildungsexpansion hatte zwar alte geschlechtsspezifische, regionale und konfessionelle Ungleichheiten beseitigt, nicht aber die sozialen Ungleichheiten.

Dennoch erwies sich auch in dieser Situation das Thema Bildung als so variantenreiche politische Strategie, dass „noch mehr Bildung“ und „eine andere Bildung“ als politische Antworten auf eine Krise der bisherigen Bildungsstrategie aktiviert werden konnten: Die generell verlängerte Verweildauer von immer mehr jungen Menschen an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen schöpfte einen Teil der Jugendarbeitslosigkeit ab und veränderte die Lebensläufe der nachrückenden Generationen mit einer langen Jugendphase und „Postadoleszenz“, die nicht mehr negativ als verlängerte Abhängigkeit und Unselbstständigkeit, sondern als Lebensphase mit eigenem Wert empfunden wurde. Eine berufliche Lehre wurde generell empfohlen, auch wenn danach keine Übernahme in eine ausbildungsnahe Festanstellung in Aussicht stand, weil die Lehre die Chancen für eine beliebige andere Anstellung vergrößern würde. Überhaupt wurde für eine verlängerte Bildungsbeteiligung, auch durch ein Hochschulstudium geworben, aber nicht mehr in erster Linie als Versprechen eines sozialen Aufstiegs, sondern als beste Strategie zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Es ging nicht mehr um Berufsausbildung im Hinblick auf einen ausgeübten Beruf, sondern um bessere *Jobchancen* statt Arbeitslosigkeit.



Besonders Kinder und Jugendliche, die aus Haushalten stammen, in denen wenig gelesen wird, sind mit einem Bildungssystem, das hauptsächlich über Lesen und Schreiben bildet, schnell überfordert.

Ausgehend von programmatischen Gutachten internationaler Institutionen (wie der OECD) und erprobt in entsprechenden Reformen einiger angelsächsischer Länder begannen in den 1990er Jahren die europäischen Politiker ihre Rolle in der Bildungspolitik neu zu definieren und gewannen so neue politische Handlungsoptionen: In den 1960er Jahren war die staatliche Politik als Motor einer aktiven staatlichen Bildungs- und Infrastrukturpolitik aufgetreten, die auch zu mehr Bildungsinstitutionen und neuen Dienstleistungsberufen geführt hatte; nun versprach die staatliche Politik eine neue Dynamik und mehr Erfolg auf dem Gebiet der Bildungs- und Wirtschaftspolitik durch einen Rückbau der in den 1960er und -70er Jahren entwickelten Strukturen und einen partiellen Rückzug der staatlichen Politik, auch aus dem Feld der Bildung. Schlagworte der neuen Politik, auch einer neuen

Bildungspolitik, waren nun *Deregulierung*, *Dezentralisierung* und *Privatisierung*. Damit versuchte die staatliche Politik die Verantwortung für die weiteren Entwicklungen im Feld der Bildung weg von den Regierungen und Landesverwaltungen auf lokale, regionale, stiftische und private Akteure zu verlagern.

Die politischen und akademischen Schlagworte für diese Seite des Strategiewechsels waren *Governance* und *neue Steuerung*. Nicht mehr die Regierung und ihre zentralen Verwaltungen sollten für alles zuständig sein und alles im Detail regeln, sondern *selbstständige* bzw. *eigenverantwortliche* Schulen und „befreite“ Hochschulen, das Engagement von Gemeinden, Stiftungen, Vereinen, Firmen, alten gemeinnützigen und neuen privaten kommerziellen *Bildungsträgern*. Bildungspolitik sollte nicht mehr staatlich

ches Monopol sein, sondern sich aus den Aktivitäten von kooperierenden und auch konkurrierenden, öffentlichen und privaten Anbietern auf lokalen und regionalen *Bildungsmärkten* („Quasi-Märkten“) ergeben. Durch den (partiellen) Rückzug des Staates, die Ermutigung von privaten Akteuren, durch Partnerschaften von öffentlichen und privaten Trägern bei gleichzeitigem Angebot von öffentlichen Fördergeldern und der Zulassung von Gebühren wurde Bildung zu einem attraktiven Geschäftsfeld.

4. Lernen (und Umlernen) als lebenslanger Prozess und Verpflichtung.

Diese neuen Bildungsmärkte wurden für alte und neue, gemeinnützige und kommerzielle Bildungsträger interessant, weil gleichzeitig das Feld der Bildungspolitik stark ausgeweitet wurde: durch den - zunächst zögerlichen, dann sehr dynamischen - Ausbau der traditionellen deutschen Halbtagsschule zu Ganztagschulen und den Ausbau des traditionellen deutschen Halbtagsschulkindergartens zu einem Kindertagesstättensystem, das nicht nur die Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen in anspruchsvollere Lernprozesse, sondern auch Betreuungsangebote für 1- bis 3-Jährige einbeziehen soll - drei Bildungsreformprojekte, die tief verwurzelte deutsche Familienformen revolutionieren. Mit der Agenda 2010 wurde eine neue Sozialpolitik verkündet („vorsorgender Sozialstaat“), die als Antwort auf alle Lebenskrisen und -risiken nicht mehr in erster Linie Versorgungsleistungen, sondern Bildungsangebote vorsieht: sei es im Sinne der Prävention als Förderung der frühkindlichen Bildung in Kindertagesstätten, die nicht nur „erfolgreiche Bildungsbiographien“ und „echte Chancengleichheit“, sondern auch den Einbezug von Frauen (und Müttern) in das Erwerbsleben und damit ihre Unabhängigkeit ermöglichen soll, oder durch eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“, die darauf setzt, die Menschen jeden Alters, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sofort in einer Weise „zu fordern und zu fördern“, dass sie möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden und für sich selbst sorgen können. Begründet wird diese Politik nicht zuletzt damit, dass die heutige Sozialpolitik es nicht mehr – wie früher – mit unqualifizierten Pflichtschulabgängern und unversorgten Frauen zu tun habe, sondern mit „Kindern der Bildungsexpansion“, die heute schon zu über 80 % mindestens einen mittleren Schulabschluss und berufsqualifizierende Ausbildungen erfolgreich absolviert haben, die also nicht mehr im traditionellen Sinne „versorgt“ werden müssen, sondern gelernt haben, zu lernen und sich neu zu orientieren. Mit der Reform der Sozialgesetzgebung wurde ein weites Feld für öffentliche und private, auch kommerzielle Bildungsträger eröffnet, entsprechende „Bildungsmaßnahmen“ zu entwickeln und den Ämtern anzubieten.

Diese neue Sozialpolitik als Bildungspolitik gibt auch den bisherigen Weiterbildungsan-



Schon früh lernen Kinder in Deutschland lesen, aber wie geht unser Bildungssystem mit Analphabetismus um?

biern erweiterte Aufgaben und eine umfassendere Bedeutung im Bildungsprozess der Menschen, der in den letzten Jahren in dem Schlagwort vom *Lebenslangen Lernen* programmatisch gefasst wurde. In einer historischen Epoche dynamisierten gesellschaftlichen Wandels wird heute davon ausgegangen, dass die Menschen im Verlauf ihrer Erwerbsbiographie drei bis fünf mal den Job wechseln müssen, dass deshalb in den Pflichtschulen das *Lernen des Lernens* zur zentralen Aufgabe, der Bildungsprozess nicht als mit der Erstausbildung abgeschlossener, sondern als immer wieder fortzusetzender Lernprozess verstanden und organisiert werden soll („Selbstmanagement“). In solchen Programmen und Strategien begegnet Bildung den Menschen immer weniger als Versprechen gesellschaftlichen und individuellen Fortschritts, nicht mehr als *Recht auf Bildung*, sondern als lebenslange *Bildungspflicht*, um Arbeitslosigkeit und so-

zialen Abstieg zu vermeiden. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob ein so pragmatisches und ernüchtertes Verständnis der Funktionen der Bildung noch die gleiche Integrationskraft und Dynamik enthält wie der alte emphatische Begriff der Bildung. ■

Prof. Dr. Bernd Zymek ist Professor für Allgemeine und Historische Erziehungswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Zu seinen wissenschaftlichen Arbeitsgebieten gehört u. a. die Sozialgeschichte der Erziehung und des Bildungssystems.

Zu den Bildern dieser Ausgabe:

Ein großes Dankeschön gilt dem Fotografen Gordon Martin für die Bilder in diesem Heft. Angeregt durch die inhaltliche Ausrichtung dieser Ausgabe hat er sich mit seiner Kamera auf den Weg gemacht, um ein paar seiner Assoziationen zum Thema Bildung für uns festzuhalten und unsere Leser zugleich zu eigenen Gedanken anzuregen.

Gordon Martin, Jg. 1978, ist Betriebswirt und Soziologe. Seine erste „ernsthafte“ Kamera hielt er 2005 in den Händen. Ausgestellt wurden seine Bilder u. a. bereits in der Westfälischen Wilhelms-Universität sowie in Rick's Café in Münster. Einen besonderen Schwerpunkt seines Schaffens bildet die Konzertfotografie.

Aus freundschaftlichen Gründen hat Gordon Martin unserer Zeitschrift THEMA JUGEND seine Bilder unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Für dieses besondere Engagement bedanken wir uns ganz herzlich.

Kontakt:

Gordon Martin
www.ichweissnich.de

Schon seit einigen Jahrzehnten treten Jugendliche nicht mehr selbstverständlich in die (beruflichen) Fußstapfen ihrer Eltern. Der gesellschaftliche Wandel brachte eine Individualisierung der Lebensverhältnisse bei einer gleichzeitigen Pluralisierung mit sich. Bildungsprozesse im Kindes- und Jugendalter müssen daher auf eine zunehmend ungewisse Zukunft vorbereiten. Paradoxerweise sind Bildungsziele jedoch – so die Kritik des Autors – an der Vergangenheit orientiert. Unter Rückgriff u. a. auf die Futurologie skizziert er ein zukunftsorientiertes Bildungskonzept.

BILDUNGSZIELE

ZUKUNFTSORIENTIERT

GESTALTEN

Martin R. Textor

Beim Generieren unserer Erziehungs- und Bildungsziele sowie bei der Auswahl unserer Erziehungs- und Bildungsmethoden orientieren wir uns weitgehend an der Vergangenheit. Die meisten Eltern erziehen ihre Kinder so, wie sie selbst erzogen wurden – und laut der 16. Shell-Jugendstudie von 2010 wollen dies fast drei Viertel aller Jugendlichen wieder tun, wenn sie selbst einmal Kinder haben! Erzieher/-innen sind gehalten, sich an von den Bundesländern vorgegebenen Bildungsplänen zu orientieren, die inzwischen mehrere Jahre alt sind. Noch bejahrter sind die meisten Lehrpläne, denen Lehrer/-innen ihre Unterrichtsziele entnehmen. Auch der zumeist noch praktizierte Frontalunterricht ist eine Bildungsmethode mit jahrzehntelanger, wenn nicht sogar jahrhundertelanger Tradition.

Aber wollen wir wirklich unsere Kinder auf der Grundlage so alter Vorgaben und Erfahrungen erziehen und bilden? Schließlich leben wir in einer sich rasant wandelnden Welt! Umwelt, Technik, Arbeitswelt, Gesellschaft – alles um uns herum verändert sich immer schneller. Und da sollen tradierte und seit Jahrzehnten wenig modifizierte Erziehungs- und Bildungsmethoden noch tragen?

Meines Erachtens sollten Bildung und Erziehung vielmehr

1. *gegenwartsorientiert* sein: Zum einen müssen die aktuellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen – nach Sicherheit und Geborgenheit, nach positiven sozialen Beziehungen zu Gleichaltrigen und zu Erwachsenen, nach Respekt und Wertschätzung, nach Wissen und Können sowie nach Individualisierung und Selbstverwirklichung – wahrgenommen und deren Befriedigung unterstützt werden. Zum anderen müssen die Lebenssituation der Kinder und Jugendli-

chen sowie die aus ihrem weiteren Umfeld (z. B. Milieu, Medien, Institutionen) kommenden Einflüsse berücksichtigt werden.

2. *zukunftsorientiert* sein: Kindern und Jugendlichen sollten Kenntnisse und Kompetenzen vermittelt werden, die es ihnen ermöglichen, sich zu beruflich erfolgreichen, sozial integrierten, glücklichen und mit sich selbst zufriedenen Erwachsenen weiterzuentwickeln, die in einer erfüllten Partnerschaft leben und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Das „klassische“ Ziel der Bildung und Erziehung ist der reife und mündige Erwachsene. Bis in das 19. Jahrhundert hinein hieß dies weitgehend, in die „Fußstapfen“ der eigenen Eltern zu treten (z. B. als Junge deren Beruf zu erlernen und deren Hof oder Handwerksbetrieb zu übernehmen oder als Mädchen hauswirtschaftliche Fertigkeiten zu entwickeln). Die beruflichen und hausfraulichen Tätigkeiten veränderten sich im Verlauf der Jahrhunderte nur wenig – auch Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und das politische System blieben weitgehend konstant. Man lebte also als Erwachsener so ähnlich wie die eigenen Eltern gelebt hatten, befand sich in einem vergleichbaren sozialen Kontext.

Diese Zeiten sind längst vorbei. Mit dem Aufblühen der Demokratie in der westlichen Welt und der industriellen Revolution begann ein technischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und politischer Wandel, der immer rasanter wird: Das Wissen nimmt exponentiell zu, neuartige Technologien und neue Produkte werden immer schneller entwickelt, die Wirtschaft wird immer mehr globalisiert, die Weltbevölkerung wächst und wächst, die Bevölkerungsalterung wird zu einem neuen sozialpolitischen Problem, Gesellschaften differenzieren sich weiter aus, immer neue Subkulturen und

Milieus entstehen, die Macht des Staates schwindet in einer Welt voller internationaler Verstrickungen und Krisen. Zugleich lassen Klimawandel, Umweltzerstörung, Überbevölkerung und zunehmende Ressourcenknappheit die Grenzen des Wachstums immer deutlicher werden.

Im Gegensatz zu früher werden die Kinder und Jugendlichen von heute als Erwachsene ganz anders leben als die Elterngeneration. Sie müssen also nicht wie in der Vergangenheit auf eine ähnliche, sondern auf eine vollkommen andere Lebens- und Arbeitswelt vorbereitet werden. Dies ist Eltern, Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern nur ansatzweise bewusst – und weitestgehend fehlen Vorstellungen von der Welt von morgen, für die sie ja Kinder und Jugendliche erziehen und bilden sollten.

Ein relativ verlässliches Bild von der Arbeits- und Lebenswelt in 10 oder 20 Jahren – also zu einer Zeit, in der die Kinder und Jugendlichen von heute ihre Berufstätigkeit aufnehmen werden – ist nur schwer zu erlangen, da der technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel so rasant verläuft und sich noch weiter beschleunigen wird. Hier sind Eltern, Erzieher/-innen und Lehrer/-innen überfordert.

Sie benötigen Informationen von Fachleuten: Im Zuge der Ausdifferenzierung der Wissenschaften ist Mitte des 20. Jahrhunderts die Futurologie entstanden, die sich mit der Analyse von Zukunftstrends befasst. Inzwischen gibt es an Universitäten, in internationalen Organisationen, in Wirtschaftsunternehmen, bei Versicherungsgesellschaften und Banken Zukunftsforscher/-innen, die eine nicht mehr überschaubare Anzahl von Studien veröffentlicht haben (vgl. Textor 2010). *Bisher sind die Erkenntnisse der Futurologie aber erst ansatzweise von der Familien-, Elementar- und Schulpädagogik rezipiert worden.* Dementsprechend wurden sie kaum für das Generieren zukunftsorientierter Bildungs- und Erziehungsziele bzw. -methoden genutzt.

Das Wissens- und das Bildungsdelphi

Ausnahmen sind z. B. das Wissens-Delphi von 1996 und das Bildungs-Delphi von 1998 (Prognos AG/Infratest Burke Sozialforschung 1998). Hier wurden mehr als 1.000 Expertinnen und Experten über die zukünftige Entwicklung des Wissens bzw. über die Konsequenzen für das Bildungswesen befragt, wobei der Zeitraum bis zum Jahr 2020 berücksichtigt werden sollte. Sie forderten, dass Kinder und Jugendliche durch die Vermittlung lernmethodischer Kompetenz befähigt werden müssten, mit der Informations- und Wissensflut zurechtzukommen: „Das bedeutet etwa, möglichst geschickt mit Informationen und Wissen umgehen und das eigene Wissen managen zu können. Oder zu wissen, welche Mengen an Information verarbeitbar sind

und sich dann gezielt auf das Nötige zu beschränken. Man sollte wissen, wo Wissen gegebenenfalls verfügbar ist. Und man sollte z. B. in der Lage sein, Auswahlentscheidungen zu treffen und Informationen kritisch zu beurteilen“ (Prognos AG/InfraTest Burke Sozialforschung 1998, 40).

All dies sei nur möglich, wenn Kinder und Jugendliche über Allgemeinwissen verfügen, wobei mit diesem Begriff sowohl Kenntnisse als auch instrumentelle, personale, soziale, interkulturelle und Medienkompetenzen bezeichnet werden. Das Basiswissen sollte weniger nach klassischen Schulfächern und mehr anhand aktueller, komplexer und übergreifender Problemstellungen bzw. Themen unterrichtet werden. Ferner sollten die allgemeinbildenden Schulen auch Kenntnisse aus bisher vernachlässigten Bereichen wie Medizin, Psychologie, Politik, Recht und Wirtschaft vermitteln. *Vor allem aber müssten Persönlichkeitsentwicklung und Sozialverhalten gefördert werden.*

Zukunftstrends und Bildungsziele

Einen etwas anderen Weg beschreibe ich in einem aktuellen populärwissenschaftlichen Buch (vgl. Textor 2012). Direkt aus der Beschreibung von Zukunftsentwicklungen in einem Bereich (wie z. B. technologischer Wandel, Wirtschaft, Arbeitswelt, Gesellschaft oder Familienleben) folgere ich die jeweiligen Kenntnisse und Fähigkeiten, die Kinder und Jugendliche später als Erwachsene benötigen werden. Diese „Kompetenzen für die Welt von morgen“ werden dann in einer Tabelle zusammengefasst, bevor dargestellt wird, wie sie in Familie, Kindertageseinrichtung und Schule vermittelt werden könnten. Dies soll im Folgenden anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden.

Nach verschiedenen Prognosen wird China um das Jahr 2025 herum zur größten und Indien etwa 25 Jahre später zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Erde werden. Im Jahr 2050 wird mit 3 Milliarden Menschen etwa ein Drittel der Weltbevölkerung in diesen beiden Ländern leben. Viele von ihnen werden einen hohen Bildungsstand haben und als Wissenschaftler oder Ingenieure tätig sein. *Schon jetzt kann es sich das deutsche Schulsystem eigentlich nicht mehr leisten, China und Indien, ihre Sprachen, Geschichte und Kultur zu ignorieren* – das wird in Zukunft noch weniger der Fall sein. Ein zukunftsorientiertes Bildungsziel wäre demnach, es zumindest allen Kindern an weiterführenden Schulen zu ermöglichen, Chinesisch oder Hindi zu lernen, und sei es auch nur in einem Wahlfach. Ferner müsste diesen Ländern in Fächern wie Geografie oder Geschichte mindestens ein Viertel der Gesamtunterrichtszeit gewidmet werden.

Natürlich wird es selbst mittelfristig nicht möglich sein, genügend Lehrer für Chinesisch und Hindi in Deutschland auszubil-

An der Uni wird mit Plagiatsvorwürfen gekämpft. Im Internet kann man sich seinen Dokortitel inzwischen kaufen, genau wie Hausarbeiten, Referate und Gedichtinterpretationen.

den. Hier müsste das Bildungssystem neue Wege beschreiten und Lehrkräfte aus China und Indien einstellen. Ein mehrjähriger Aufenthalt in Deutschland wäre für die Lehrer aufgrund der Gehaltsunterschiede auch finanziell attraktiv – und würde sicherlich zumindest von der chinesischen Regierung unterstützt werden, die seit einigen Jahren z. B. über die Konfuzius-Institute das Erlernen der chinesischen Sprache fördert. Bei Verwendung der Immersions-Methode¹ ist es nicht notwendig, dass die chinesischen bzw. indischen Lehrkräfte Deutsch sprechen.

Übrigens: Fachleute ohne deutsches Lehramtsstudium – z. B. Naturwissenschaftler/-innen, Ingenieurinnen und Ingenieure – wurden bei Bedarf bereits an Schulen angestellt. In Zukunft sollte dies auch für Wirtschaftswissenschaftler/-innen gelten. Ein ressourcenarmes Land wie Deutschland ist in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft abhängig, und so sollte an allen Schulen der Wirtschaftskunde eine mindestens genauso große Bedeutung wie den MINT-Fächern² zukommen. Da auch hier mittelfristig nicht genügend Lehrer/-innen ausgebildet werden können, sollte auf berufserfahrene Manager/-innen zurückgegriffen werden – aufgrund der Verschlankung von Hierarchien, des Outsourcings und anderer Rationalisierungsmaßnahmen werden auch in den kommenden Jahren viele Manager/-innen arbeitslos werden.

Die Schulkollegien der Zukunft sollten also interkulturell und interdisziplinär zusammengesetzt sein – wie dies auch zunehmend für (Projekt-)Teams in der Wirtschaft gilt. Zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden vermutlich auch mehr sozialpädagogische und psychologische Fachkräfte gehören, da zum einen Ganztagschulen zur Regel werden dürften und zum ande-

ren Schulen vermehrt Erziehungsaufgaben übernehmen müssen, die bisher von den Eltern geleistet wurden. Werden Kleinkinder ganztags (also mindestens acht Stunden lang) in Kindertageseinrichtungen betreut, verbringen sie dort mehr „Wachzeit“ als in ihren Familien. Das gilt wohl nicht für Kinder und Jugendliche an Ganztagschulen; bedenkt man aber, dass in Zukunft nahezu alle Eltern (Vollzeit) erwerbstätig sein werden und ältere Kinder einen großen Teil ihrer Freizeit zusammen mit Peers oder alleine vor dem Computer bzw. mit anderen Medien verbringen, dann wird auch bei diesen Altersgruppen der erzieherische Einfluss der Familie geringer werden. Erzieher/-innen, Lehrer/-innen und andere Fachkräfte werden also vermehrt Kindern soziale, personale und emotionale Kompetenzen, friedliche Formen der Konfliktlösung, Umgangsformen und (Tisch-)Sitten, Grundlagen der körperlichen und psychischen Hygiene, Medienkompetenz und sinnvolle Formen der Freizeitgestaltung vermitteln sowie Kindern und Jugendlichen mit durch die Minderleistung ihrer Familien bedingten psychischen Problemen oder Verhaltensauffälligkeiten helfen müssen.

Interkulturell und interdisziplinär zusammengesetzte Schulkollegien werden hohe Anforderungen an die Teamfähigkeit und die kommunikativen Fertigkeiten der Mitglieder stellen. Diese Kompetenzen müssen aber auch Kindern und Jugendlichen vermittelt werden, da sie als Erwachsene vermehrt in solchen Teams arbeiten werden. In der sich anbahnenden Wissensgesellschaft werden sich Arbeitnehmer/-innen und Selbstständige immer weiter spezialisieren müssen. Somit werden sie nur noch in Kooperation mit andersartig qualifizierten Mitarbeitern neue Produkte entwickeln oder Dienstleistungen erbringen können. Schon in der Kindertagesstätte und dann in der Schule sollten deshalb die Kooperations- und Teamfä-

higkeit von Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Im vorschulischen Bereich geht dies am besten im Freispiel, in der Schule bei Partner- und Kleingruppenarbeit. Dementsprechend müsste die bisherige Benotung der Leistung des einzelnen Schülers bzw. der einzelnen Schülerin weitgehend ersetzt werden durch die Bewertung von Gemeinschaftsleistungen.

Schlusswort

Für das zukünftige Leben in einer Wissensgesellschaft dürfte aber am wichtigsten sein, dass Kindertageseinrichtungen und Schulen die Lernmotivation der Kinder und Jugendlichen hegen und pflegen – sie ist die wichtigste Voraussetzung für das immer wieder proklamierte lebenslange Lernen. Dies gelingt am besten, wenn Selbstbildung und ko-konstruktive Bildung (insbesondere in Kooperation mit Gleichaltrigen) vorherrschen. Dazu müssen die Kinder und Jugendlichen aber möglichst oft die Lerninhalte selbst wählen können – was nur bei einer stärkeren Individualisierung und Differenzierung der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen bzw. des Unterrichts möglich ist. Erzieher/-innen und Lehrer/-innen müssten somit von der Rolle der Lehrenden immer mehr in die Rolle von Lern- und Bildungsbegleitern wechseln. ■

Anmerkungen:

1 Eine Lehrmethode für Fremdsprachen, bei der der Erwerb der Fremdsprache ausschließlich den Prinzipien des Mutterspracherwerbs folgt.

2 Eine zusammenfassende Bezeichnung von Unterrichtsfächern aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

Literatur:

Prognos AG/Infratest Burke Sozialforschung: Delphi-Befragung 1996/1998 „Potentiale und Dimensionen der Wissensgesellschaft – Auswirkungen auf Bildungsprozesse und Bildungsstrukturen“. Integrierter Abschlussbericht. München/Basel 1998.

Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt a. M. 2010.

Textor, Martin R.: Zukunftsentwicklungen: Trends in Technik, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Norderstedt 2010.

Textor, Martin R.: Zukunftsorientierte Pädagogik: Erziehen und Bilden für die Welt von morgen. Norderstedt 2012.

Dr. phil. Martin R. Textor ist Mitbegründer des Instituts für Pädagogik und Zukunftsforschung (IPZF) in Würzburg.

Seit die Rechte von Menschen mit Behinderung durch eine eigene Konvention der Vereinten Nationen gestärkt worden sind, hat die Forderung nach einem inklusiven Bildungssystem deutlich Auftrieb bekommen.¹ Auch viele katholische Verbände und Organisationen haben sich diese Forderung inzwischen zu eigen gemacht. Doch das neue Leitbild ist durchaus umstritten.

INKLUSIVE BILDUNG

Sinnvolles Leitprinzip oder pädagogische Wohlfühlformel?

Axel Bernd Kunze

■ Soll über den Weg der Inklusion ein Einheitsschulsystem durchgesetzt werden, für das bisher der politische Konsens fehlte? Werden am Ende davon alle profitieren? Oder werden durch „Inklusion um jeden Preis“ nicht nur leistungsstarke Schüler/-innen in ihrer Entfaltung behindert, sondern auch bisherige Erfolge in der sonderpädagogischen Förderung verspielt? Die Frage liegt nahe, ob der Boom spezieller Hochbegabtenförderung nicht zumindest zum Teil auch einen Reflex auf die zunehmende Nivellierung schulischer Leistungsansprüche darstellt.

Ein Teil der Eltern droht damit, auf gerichtlichem Wege zu erzwingen, dass ihr Kind nicht auf eine Förderschule gehen muss. Zugleich melden sich Stimmen aus Behindertenverbänden zu Wort, die den Erhalt leistungsfähiger und differenzierter sonderpädagogischer Einrichtungen im Sinne einer optimalen individuellen Förderung anmahnen. Überdies seien behinderte Kinder zur Entwicklung ihres Selbstbewusstseins durchaus auf eine Gleichaltrigengruppe angewiesen, in der sie sich nicht immer nur als der einzige Rollstuhlfahrer oder die einzige Gehörlose erfahren.

„Vielfalt“ noch kein Wertbegriff

Der Münchner Heilpädagoge Otto Speck zählt zu den besonnenen Stimmen in der Debatte um Inklusion. Er hat davor gewarnt, die Forderung nach „einer Schule für alle“ verkomme zur „puren Utopie“², sollte sie überzogen werden. Denn „Vielfalt“ an sich ist noch kein Wertbegriff, schon gar nicht werden alle Ungleichheiten durch ein bloßes Mehr an Vielfalt pädagogisch unwirksam. *Die Schule ist in erster Linie eine Bildungseinrichtung, kein Instrument des Sozialstaates.* Sie hat die Aufgabe, ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Inklusion zu leisten – aber mit den ihr eigenen Mitteln.

Inklusion ist zunächst ein sozialwissenschaftlicher Begriff. Soll er pädagogisch wie ethisch Geltung beanspruchen, muss

gefragt werden, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen sich ein Mehr an Vielfalt tatsächlich in erfolgreicherem Lernen umsetzen lässt – und wann nicht. Das sind wir den einzelnen Schülerinnen und Schülern schuldig, von denen jede/r für sich ein Recht darauf hat, bestmöglich gefördert zu werden; dies gilt sowohl hinsichtlich besonderer Bedürfnisse und Gefährdungen, aber auch besonderer Begabungen und Fähigkeiten. Ferner ist der Einsatz begrenzter Ressourcen niemals ethisch neutral. Ein kostspieliger Umbau des gesamten Bildungssystems bindet Mittel, die möglicherweise an anderer Stelle fehlen oder pädagogisch sehr viel effektiver hätten eingesetzt werden können, auch für Schüler/-innen, die besonderer Förderung bedürfen.

Behindertenrechte

Das Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen (CRPD 2006) wurde am 13. Dezember 2006 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und ist seit März 2009 für Deutschland verbindlich. Das UN-Dokument schafft keine zusätzlichen Menschenrechte für Behinderte. Dies wäre auch ein Widerspruch in sich, gelten doch alle Menschenrechte unabhängig von allen äußeren Merkmalen. Doch werden diese mit der neuen Konvention auf die spezifischen Schutzansprüche von Behinderten hin ausgelegt. Nicht mehr die medizinischen, sondern die sozialen Aspekte stehen dabei im Vordergrund.

Behinderte sind laut Vertragstext alle „Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft behindern können“ (Art. 1 CRPD 2006). Die Konvention geht davon aus, dass aufgrund einer Behinderung niemandem die Anerkennung oder Inanspruchnahme aller Menschenrechte oder Grundfreiheiten verwehrt werden darf – sei es im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder einem anderen Bereich.

Neue Perspektiven

Ihr Innovationspotential erhält die Behindertenrechtskonvention durch drei Perspektiven, die den Text prägen: *Empowerment* oder Ermächtigung, *Diversity* und *soziale Inklusion* oder Einbeziehung.

Empowerment zielt darauf, die aktive Teilnahme am sozialen Leben zu stärken: durch den rechtlich abgesicherten Anspruch auf Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und gleichberechtigte Teilhabe. Die Betroffenen sollen nicht mehr Objekt von Fürsorge und Nachteilsausgleich sein, sondern Subjekte mit eigenständigen Teilhabeansprüchen, die ihr Leben selbstbewusst und aktiv in die eigene Hand nehmen.

Differenz, z. B. zwischen Behinderung und Nichtbehinderung, wird von der Konvention nicht vorrangig unter Defizitkriterien betrachtet, sondern als ein normaler Bestandteil des menschlichen Zusammenlebens. Vor diesem Hintergrund wird Behinderung (*disability*) als eine soziale Konstruktion verstanden („ein Behinderter nimmt sich erst als solcher wahr, weil andere ihn als behindert bezeichnen“), ohne aber die Problemlagen der Einzelnen zu verharmlosen. Letztere kommen als Beeinträchtigungen (*impairment*) zur Sprache. Die Unterscheidung erinnert an den doppelten Sprachgebrauch von „sex“ und „gender“, der zum einen das biologische, zum anderen das soziale Geschlecht bezeichnet.

Der Mensch erfährt seine Freiheit sozial vermittelt, darf aber nicht vollständig in der Gemeinschaft aufgehen – so Heiner Bielefeldt, ehemaliger Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin: „Ohne soziale Inklusion kann Autonomie praktisch nicht gelebt werden, und ohne Autonomie nimmt soziale Inklusion fast zwangsläufig Züge von Bevormundung an. Mit anderen Worten: Erst in der wechselseitigen Verwiesenheit wird klar, dass Autonomie [...] auf selbstbestimmtes Leben in sozialen Bezügen zielt; und im Gegenzug wird deutlich, dass soziale Inklusion ihre Qualität gerade dadurch gewinnt, dass sie Raum und Rückhalt für persönliche Lebensgestaltung bietet.“³

Ausgrenzung kann sich beispielsweise im fehlenden Zugang zu bestimmten Bildungsangeboten oder in Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zeigen. Umgekehrt ist es aber auch möglich, dass sich Beteiligung in Bevormundung durch übermächtige Institutionen und staatliche Rund-um-Versorgung verkehrt, bei der die Wünsche Einzelner kein Gehör mehr finden. Die Behindertenrechtskonvention geht noch einen Schritt weiter und formuliert als Ziel, ein „verstärktes Zusammengehörigkeitsgefühl“ (*enhanced sense of belonging*) zu fördern. Diese Forderung, die nicht zum etablierten Vokabular der internationalen Menschenrechte gehört, macht deutlich, dass nicht allein der Staat, sondern auch die Gesellschaft Einbeziehung verwehren kann.



Sind im Hinblick auf Inklusion bereits die Lichter für Förderschulen erloschen? Können Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf auch in Regelschulen angemessene Betreuung erhalten?

Recht auf Bildung

Die Behindertenrechtskonvention fordert in Art. 24 Abs. 1 „ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslange Fortbildung“. Gefördert werden soll (1) die volle Entfaltung der menschlichen Möglichkeiten, ein Gefühl der eigenen Würde und des eigenen Wertes sowie die Achtung vor den Menschenrechten und der menschlichen Vielfalt, ferner (2) die auch Behinderten nicht zu verwehrende volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit und aller ihrer Fähigkeiten sowie (3) die Befähigung zur wirksamen Teilnahme an einer freien Gesellschaft. Die Formulierungen sind nicht neu, werden hier aber ausdrücklich auf die besondere Lebenssituation von Menschen mit Behinderung bezogen. Immer wieder wird die menschliche Würde als Gegenstand notwendiger Bewusstseinsbildung betont – noch einmal Heiner Bielefeldt: „Das Bewusstsein eigener Würde hängt nicht nur an der inneren Einstellung der Menschen, sondern wird auch bedingt durch gesellschaftliche Strukturen von Ausgrenzung und Diskriminierung, die die alltägliche Erfahrung von Menschen mit Behinderungen prägen.“⁴

Die Forderung, solche Erfahrungen zu vermeiden, richtet sich an die gesamte Gesellschaft: eine Erkenntnis, die rechtlich-politisch dann in die Forderung nach breit angelegten Programmen gesellschaftlicher Aufklärung und Bildung mündet (vgl. Art. 8 CRPD 2006). Derartige Forderungen sind typisch für den neueren Menschenrechtsdiskurs, doch bleibt ein Problem. Zwar hat der Staat die Menschenrechte auch vor Beeinträchtigungen durch Dritte zu schützen, doch darf dies nicht so weit gehen, dass er die Aufgabe gesellschaftlicher Bewusstseinsbildung an sich zieht und der gesellschaftliche Bereich staatlich überformt wird.

In der Folge würde zunehmend beschnitten, was menschenrechtlich gerade geschützt werden soll: der nichtpolitische Freiraum zur Entfaltung individueller Autonomie und die Möglichkeit zu freier Vergemeinschaftung. Der Staat kann die Rahmenbedingungen schaffen, dass (zivil-)gesellschaftliche Träger das Ihrige zur Förderung der Menschenrechte beitragen, er darf als freiheitlicher Rechtsstaat aber bestimmte Gesinnungen nicht erzwingen. Sanktionierbar sind allein äußere Handlungen.

Unter Berufung auf Chancengleichheit werden die Vertragsstaaten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderung ihr Recht auf Bildung gleichwertig verwirklichen können (Art. 24 Abs. 2 CRPD 2006). Behinderte Kinder sollten nicht vom allgemeinen Schulbesuch ausgeschlossen werden und gleichberechtigt Zugang zu einem „integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Grundschulunterricht“ erhalten. Entsprechendes soll gleichfalls für die Sekundarstufe gelten. Gefordert wird, die Bedürfnisse des Einzelnen zu achten, ihm individuell angepasste Unterstützung zu sichern und ein Umfeld zu schaffen, das die „bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet“. Kinder dürfen nicht ausschließlich auf das Merkmal „Behinderung“ festgelegt werden, doch dürfen auch nicht ihre speziellen Bedürfnisse und Schutzansprüche gelehnet werden.

Inhaltlich sollen Menschen mit Behinderung solche „lebenspraktischen Fertigkeiten und sozialen Kompetenzen“ erwerben, die ihnen die „volle und gleiche Teilnahme“ an der Bildung und am sozialen Leben ermöglichen (vgl. Art. 24 Abs. 3 CRPD 2006). Blinde, Gehörlose oder Taubstumme sollen alternative Kommunikationsformen, z. B. die Brailleschrift oder Gebärdensprache, erlernen

können; Lehrkräfte müssen hierin geschult werden (Art. 24 Abs. 4 CRPD 2006). Ferner sollte auch der diskriminierungsfreie Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, zur Berufsausbildung und zur Erwachsenenbildung gesichert sein (Art. 24 Abs. 4 CRPD 2006).

Rechtlich begründetes Leitprinzip

Inklusion ist als rechtlich begründetes Leitprinzip zu respektieren, zugleich aber pädagogisch-didaktisch differenziert und realistisch auszulegen. Eine entsprechende Kriterienlogik steht noch aus, hier ist noch viel an pädagogischer wie bildungsethischer Anstrengung notwendig.

Ob Inklusion gelingt, kann nicht allein politisch oder ethisch entschieden werden, vielmehr muss die Qualität der sie realisierenden pädagogischen Praxis beurteilt werden. Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, insbesondere schweren Behinderungen, sind ein wichtiger Prüfstein für die Tragfähigkeit eines allgemeinen Bildungsbegriffs. Aus schulpädagogischer Sicht zeigt sich, dass Inklusion höchst voraussetzungsreich ist. Nicht zuletzt ist die Fachorientierung innerhalb des bisherigen sonderpädagogischen Unterrichts zu stärken.⁵ Vor allem die Geistigbehindertenpädagogik ist allzu lange auf Lebenspraxis und Lebensbewältigung verengt worden; doch ist auch hier mit einem Interesse der Schüler/-innen an einer fachlich gliedernden Sicht auf die Welt zu rechnen, das nicht einfach übergangen werden kann, wenn das Welterleben für die Betroffenen nicht beschränkt werden soll.

Eine stärkere Fachorientierung im Bereich der sonderpädagogischen Didaktik und Methodik bietet die Chance zu einem gleich-

berechtigten Dialog mit anderen pädagogischen Fächern. *Gelingen wird eine bessere Förderung nur dann, wenn der zunächst einmal pädagogikfremde Begriff der Inklusion auch bildungstheoretisch und (fach-)didaktisch eingeholt wird.* Eine fundierte Debatte, wie das Gelingen kann, steht erst am Anfang. Diese ist aber dringend geboten, wenn die Forderung nach Inklusion nicht zu einer pädagogischen Wohlfühlformel verkommen soll. Ein realitätsferner, inflationärer oder emphatisch überhöhter Gebrauch der Inklusionsmetapher führt nicht weiter; denn mit vielleicht gutgemeinten, aber schlecht oder überhastet umgesetzten Reformprojekten ist am Ende niemandem gedient.

Wahlfreiheit und Subsidiarität

Die Pädagogik vertritt nicht nur eine normative Idee, sondern hat als wissenschaftliches Fach zugleich die Aufgabe, den Auftrag zur Inklusion im Hinblick auf die damit verbundenen pädagogischen Chancen und Hindernisse zu analysieren und seine praktische Umsetzung zu begleiten. Wenn nötig, werden dabei auch überzogene „Heilserwartungen“ zu dämpfen sein. Die Forderung nach gesellschaftlicher Einbeziehung richtet sich zunächst an das Bildungssystem als Ganzes, nicht aber an jede einzelne Bildungsinstitution. Ein freiheitliches, durchlässiges und plurales Bildungssystem wird dem Einzelnen verschiedene Wege offenhalten, sein individuelles Recht auf Bildung zu verwirklichen.

Auch wenn die primäre Verantwortlichkeit und die Begründungslast, falls eine Regelbeschulung nicht möglich sein sollte, in einem inklusiven Bildungssystem auf Seiten der allgemeinbildenden Schule liegen sollte, werden spezielle Förderschulen und -klassen dann auch weiterhin eine wichtige sub-

sidiäre Funktion erfüllen. Den Eltern steht ein bedingtes Wahlrecht über den Lernort ihres Kindes zu: Als Regelfall sollte die Aufnahme in die allgemeine Schule gelten, doch können sie auch (zeitweilig) eine Förderschule wählen, beispielsweise um eine bessere individuelle Förderung zu garantieren oder psychische Belastungen zu minimieren. Da ein formales Wahlrecht der Eltern durch staatliche Vorentscheidungen real beschränkt werden kann, ist bildungspolitisch darauf zu achten, dass Förderschulen nicht generell benachteiligt werden. Denn Inklusion als Leitprinzip gilt grundsätzlich für alle Schüler, unabhängig vom konkreten Lernort. ■

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Petra Flieger/Volker Schönwiese (Hg.): Menschenrechte – Integration – Inklusion. Aktuelle Perspektiven aus der Forschung. Bad Heilbrunn 2011.
- 2 Otto Speck: Schulische Inklusion aus heilpädagogischer Sicht. Rhetorik und Realität. München/Basel 2010, 71.
- 3 Heiner Bielefeldt: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenkonvention (Essay; 5). 3., aktual. u. erw. Aufl., o. O. (Berlin) 2009, 10 f.
- 4 Bielefeldt 2009, 5.
- 5 Vgl. Christoph Ratz (Hg.): Unterricht im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Fachorientierung und Inklusion als didaktische Herausforderungen. Oberhausen 2011.

Literatur:

- Kunze, Axel Bernd: Bildung als Freiheitsrecht. Eine kritische Zwischenbilanz des Diskurses um Bildungsgerechtigkeit, Berlin 2012.
- Ders.: Gleichheit und Freiheit in der Bildung. Wie muss das Schulsystem nach der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen neu vermesssen werden? In: engagement, Heft 3/2011, 184 – 195.

Axel Bernd Kunze, Privatdozent, Dr. theol., Dipl.-Päd., Zweites Staatsexamen für das Lehramt für die Sekundarstufe II/I; ist als Privatdozent für Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn sowie als Dozent für Pädagogik und stellvertretender Schulleiter an der Evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik Weinstadt-Beutelsbach tätig.



Bildung als Ware, die man zu Discountpreisen kaufen kann – eine realistische Vorstellung?

Wie gestaltet sich Bildung aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen? Aussagen von Schüler/-innen aus der Verbandsarbeit geben einen Einblick in ihre Wünsche und Bedürfnisse. Zudem wird am Beispiel der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) erläutert, wie der Beitrag eines Jugendverbandes zur Mitgestaltung von Bildungslandschaften aussehen kann. Die Erfahrungen des verbandlichen Engagements für die Weiterentwicklung von Bildungslandschaften und das katholische Profil darin werden reflektiert und diskutiert, welchem Bildungsbegriff sich eine Organisation verpflichtet, der sich als Schüler(-innen)verband versteht.

BILDUNGSRAUM SCHULE

Was Schüler/-innen wünschen

Jan-Christoph Horn

Eigentlich meinen es alle gut - die Bildungsexperten, die Schulpolitiker, die Lehrer, die Eltern, die Wirtschaft. Da werden Expertisen erarbeitet, Pläne entwickelt, verabschiedet und verändert. Nicht zuletzt wird Unterricht gestaltet, werden Schulgebäude renoviert und Schulprogramme geschrieben. All dies mit ernsthafter Aufmerksamkeit. In den letzten Jahren - seit dem sogenannten „Pisa-Schock“, den immer wieder bis in die Nachkommazahlen hinein interpretierten internationalen Vergleichsstudien - scheinbar verstärkt. Und dies alles inmitten einer gesellschaftlichen Umbruchsituation, in der die Profildebatte um Aufgabe und Inhalte der Schule und der Bildung zum publizistischen und feuilletonistischen Alltag gehört.

Zugespitzt formuliert: Wer hört dabei auf die Kinder und Jugendlichen, für die man all dies zu tun ausgibt? Zugespitzt ist dies deswegen, weil die verankerten Formen der Schüler-Mitbestimmung wohl selten so ausgeprägt und ausgereift waren wie heute. Und doch ist es reizvoll, sich einmal ganz explizit auf die Seite der Schüler/-innen zu stellen. Und dabei im wahrsten Sinne eine erste Positionierung vorzunehmen: Sich auf die Seite der Schülerin und des Schülers zu stellen bedeutet, *die Mädchen und Jungen zum Subjekt der Schule zu machen*. In der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) - das „studierend“ ist dabei im lateinischen Wortsinn *studere* = „sich bilden, sich bemühen, sich entwickeln“ zu verstehen - tun wir dies.

Die „B“-Frage

Die mit der KSJ verbundenen Schülerinnen und Schüler - die in Demokratie, Partizipation und Ermächtigung den Verband zu dem machen, was er ist - stellen sich nicht nur die „K“-Frage (die Frage nach katholischem Profil und Identität), sondern immer auch die „B“-Frage: die Frage danach, was wir unter Bildung verstehen. *Denn die Haltung zur Bildung gibt ja erst die Kontur des Engagements für Bildung vor.*

Als letztlich auf den heiligen Ignatius von Loyola zurückgehender Verband machen sie sich das in der Exerzienspiritualität des Ignatius festgeschriebene „Prinzip und Fundament“ zu eigen: „Der Mensch ist geschaffen dazu hin, Gott Unseren Herrn zu loben, Ihm Ehrfurcht zu erweisen und zu dienen, und damit seine Seele zu retten. Die anderen Dinge auf der Oberfläche der Erde sind zum Menschen hin geschaffen, und zwar damit sie ihm bei der Verfolgung des Zieles helfen, zu dem hin er geschaffen ist.“ - Was meint das? Der wahre „Gottes-Dienst“, die größte Ehrerbietung vor dem Schöpfer ist es, wenn der Mensch zu sich selber kommt, er selber wird. Bildung ist eine Kultur des Formens und Pflegens, die Selbst-Bildung Lobpreis Gottes. Alles soll dem dienen.

In dieser Aussage steckt unser bildungstheoretischer Impetus. Wenn junge Menschen innerhalb der KSJ also von schulischer Bildung sprechen, dann meinen sie, dass „Bildung ... Schülerinnen und Schüler zu kritischem Selbstverständnis, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit führen [soll]. Gleichzeitig soll sie zu stetiger Reflexion über die gesellschaftlichen Gegebenheiten anregen und Verantwortungsbereitschaft für den Mitmenschen und die Eine Welt fördern. ... Unser pädagogisches Engagement gilt der Gegenwart des Kindes und nicht seiner Zukunft. Es gilt dem Kind und dem Jugendlichen selbst, ihrer Eigenwahrnehmung und Selbstachtung. Es ist kein Tüchtigmachen des jungen Menschen für seine spätere Rolle in der Gesellschaft, vielmehr fördert es die Bildung der eigenen Identität“ (zitiert aus der „Plattform“, dem Grundsatzpapier der KSJ, vgl. www.ksj.de).

Solche Formulierungen sind keine wohlfeilen Formulierungen von (sogenannten) Expertinnen und Experten, sondern sie sind im innerverbandlichen Diskurs entstanden, manchmal auch „erstritten“. Hier geben junge Menschen selber Auskunft darüber, was sie bewegt und was sie wollen. Davon zeugen auch die in den Jahren immer wieder verabschiedeten verschiedenen bildungspolitischen Positionen, z. B. zur Ganztags-

schule oder zu G8 (ebenfalls online nachzulesen).

Die Schülerinnen und Schüler in der KSJ konstatieren angesichts der heutigen Signaturen der Bildungspolitik einen „Bildungsnotstand“ anderer Art als vielerorts postuliert. Aus ihrer Sicht ist es verkürzt, wenn man nur nach Didaktik oder dem Inhalt des Bildungskanons fragt. *Ihnen geht es in allem nicht mehr und nicht weniger darum, dass Bildung „gerecht“ ist* - dem (jungen) Menschen gerecht wird in dem, was in ihm steckt und das freisetzt, was in ihm gelegt wurde, aus Liebe. Einen Ausdruck findet diese Haltung z. B. in den Slogans zweier Bildungskampagnen: „Nur Ochsen büffeln“ (1996) und „Mit uns die Sinn-Flut gegen die Bildungs-Ebbe“ (2007). KSJlerinnen und KSJler erinnern mittels solcher Kampagnen an die Verheißung und vergegenwärtigen ein Menschenbild, das den Menschen als Lebens- und nicht als Funktionsträger sieht.

Wie Schüler/-innen „Schule“ erleben

Die beiden zentralen Aussagen der 16. Shell-Jugendstudie zum Bereich „Schule und Berufsbildung“ lassen sich aus Verbands-erfahrung bestätigen:

1. Die Herkunft und der soziale Status sind Demarkationslinien für Schulkarrieren.
2. Die schulisch vermittelte Bildung ist nicht „Sinn in sich“, sondern dient dem Erreichen von statusgebenden und statussichernden Abschlüssen.

Schüler/-innen meinen aber: Die Bildungspolitik geht in ihren Korrekturversuchen den falschen Weg. Weder die Diskussion um die Schulformen, noch ein verstärkt funktionaler Bildungsbegriff werden dem gerecht, was junge Menschen in Schule suchen. Handlungsbedarf liegt eher in der Benennung und der Anzahl von Unterrichtsfächern und deren Inhalten, den Strukturen von Schule in (Unterrichts)Zeiten und (Klassen)Räumen. Zufriedenheit mit Schule entsteht dann, wenn nicht von Curricula sondern von Relevanzen her gedacht wird. Der von der Shell-Studie herausgestellte Pragmatismus der jungen Generation zeigt sich hier auch in Form eines „Bildungspragmatismus“. Manche schulpolitische Debatte geht also an den „Kundenwünschen“ vorbei.

Wenn die Jugendforscher zudem feststellen, dass die Suche nach Sinn, nach Halt, nach Werten, nach Orientierung in einem viel höheren Maße (wieder) in Familie und „analogen“ Freundschaften gesehen wird, ist dies nicht nur auf der Ebene einer Institutionenkrise zu sehen. Zu bemerken ist, dass die Persönlichkeitsentwicklung sich außerhalb von Lernkontexten verortet. Lernen (für die Schule) und Bildung (fürs Leben) sind zweierlei Dinge. *Nur selten ereignet sich Bildung in der Schule.*

Mit der jüngst veröffentlichten, auf der SINUS-Milieuforschung basierenden Jugend-



Sowohl Klassen als auch Hörsäle sind in Deutschland häufig viel zu voll. Trotzdem müssen die Lernenden Großes leisten – z. B. vor einer Gruppe Vorträge halten.

studie „Sinus u18“ (vgl. Calmbach u. a. 2012) lässt sich die Linie fortführen, dass es bei Bildung um Horizonterweiterung, kreative Entfaltung und persönliche Weiterentwicklung geht. Im Gegensatz dazu die Schule: Hier geht es um Wissen, man lernt nur von Klassenarbeit zu Klassenarbeit und das, was die Lehrer wissen wollen. Schulische Bildung ist vorbereitende Leistung, kein selbstbefreiender Gewinn. Die lebensrelevanten Kompetenzen werden an anderen Bildungsorten gemacht, z. B. durch Medien oder Reisen.

Das Engagement von Schülerinnen und Schülern in der Schülervertretung (SV) und als Klassenpaten, im Thekendienst des Schülercafés oder in den Verbandsgruppen der Jugendverbände ist dabei ungebrochen groß. Aber Engagement kennt verschiedene Motive. Nur die dem sozialökologischen Milieu zuzurechnenden Jugendlichen sind diejenigen, die auf Bildungsgerechtigkeit für alle bedacht sind und sich auch für diese einsetzen. Doch wird diese prophetische Keimzelle (auch der Jugendverbandsarbeit) kleiner. In den hedonistischen und adaptiven Milieus ist der Eigennutz von Engagement ausschlaggebend. Dazu passt, dass auch innerhalb eines christlich-katholischen Jugendverbands wie der KSJ die Distinktionslinien zu den bildungsschwächeren Milieus deutlicher sichtbar werden.

Woran Schüler/-innen die Schulen erinnern

Schülerinnen und Schüler haben keine große Utopie von Schule. Für sie ist Schule ein Lern- und auch ein Lebens-, aber nicht unbedingt ein Bildungsort. Für die Frage nach der Schulentwicklung ist das ernüchternd und hilfreich zugleich. Stellt es doch die Frage danach, wie Schule (wieder mehr) ein Ort sein kann, an dem Bildungs- und Persönlichkeitsentwicklungsprozesse möglich sind. Das Bildungsverständnis der

KSJlerinnen und KSJler erinnert in diesem Zusammenhang daran, wie Schulen da sein sollten: *Nicht um Menschen schulkonform zu machen, sondern sich selber „menschkonform“*. Das ist die – immer wieder neu – zu entdeckende Wahrheit des Bildungsauftrags der Schule.

Schulischer Bildung wohnt weiterhin das Potential inne, dass man relevante Bildung nicht nur (aber durchaus auch) in Aktivitäten wirtschaftsnaher Vereinigungen oder in schulexternen Praxis-Projekten erleben kann. Angeführt sei, auf welche Weise wir in der KSJ versuchen, diesen „Bildungsraum Schule“ zum Ermöglichungsraum für Persönlichkeitsentwicklung und zum Schutzraum der Selbstentfaltung werden zu lassen. Knapp gesagt: Indem wir uns selber zurücknehmen und ermöglichen, dass Schülerinnen und Schüler ihre wichtigen Themen in Freiheit ausgestalten und dadurch die innewohnenden Relevanzen auf sich hin entdecken können. Die „bildende Kraft“ liegt nicht in der Schule oder der innerschulischen Jugendverbandsarbeit an sich, sondern in den Räumen, die man aufzuschließen vermag.

Denn nicht die von der KSJ begleitete SV-Arbeit an sich, nicht das Schülercafé als Räumlichkeit, nicht der Wochenendworkshop oder die Ferienfreizeit der Ortsgruppe aus sich heraus, die Gruppenleiterausbildung, die Bildungs-AG oder die „Tage religiöser Orientierung“ per se geben den jungen Menschen das, was sie unter „Bildung“ suchen. Sondern die Wertschätzung, das Wohlwollen, die Nicht-Instrumentalisierung, die Absichtslosigkeit. Dass da einfach etwas ist, was genutzt werden darf. Nicht nach Programm, aber programmatisch.

Es gelingt – manchmal. Junge Menschen geben dann Rückmeldungen wie „Ich habe echt etwas mitgenommen“ oder „Das hat mir etwas gebracht“. Teamer/-innen sind dann „coole Typen“, mit denen man „super quatschen“ konnte. Das ist keine bildungs-

theoretische Fachsprache. Aber es sind authentische Zeugnisse.

So verstandene schulische Bildung lässt sich freilich nur schwer verifiziert messen und in Beurteilungs-Noten übertragen. Aber sie ist den jungen Menschen anzumerken. Systemisch ist diese Offenheit problematisch, daran wird das „System Schule“ (und auch der Jugendverband als „verbindliches“ Organisationsmodell) zu knacken haben. Aber wer in der Schule einen Beitrag für die Bildung von jungen Menschen geben möchte, wird dies unter diesen Kennzeichen tun müssen. Eine gute Schule wird nicht daran erkennbar sein, wie gut die Leistungen der Schüler sind, sondern wie sehr sie Mädchen und Jungen nach je eigenem Maß vorzubringen vermag. Dies „schult“ im eigentlichen Sinn.

Wie schwer sich das klassische Schulsystem damit tut, zeigte sich vor zwei Jahren, als wir Schulen suchten, die sich ein von Schülerinnen und Schülern entwickeltes „Schulprogramm“ geben lassen wollten. Es zeigte sich, dass der oft das Wort geredeten „Mitbestimmung der Schüler“ Grenzen aufgesetzt wurden: Für die Darstellung des Schulprofils war das Engagement interessant, die konkreten Forderungen jedoch nur selektiert von Interesse. (Junge) Menschen spüren das – und wenden sich ab (lesenswert in diesem Zusammenhang: von der Groeben 2012).

Als Jugendverband werden wir mit den Schülerinnen und Schülern darüber im Gespräch bleiben, wie schulische Bildung für sie relevant bleibt und Räume schaffen wollen, dies in der Schule zu erleben. Vergessen aber auch wir nie, dass es nicht darum geht, es gut zu meinen, sondern im Sinne dessen zu handeln, was Ignatius von Loyola „Magis“ (lat.: mehr) nennt. Und das es nicht um das „Magis“ des Verbands oder der Schule, sondern der (jungen) Menschen geht. Denn Schule und Jugendverband „machen“ keine Bildung und bringen selbst keine Bildung hervor. Aber sie können den Rahmen für Erfahrungen geben. Nicht der Rahmen, sondern die Erfahrung ist wichtig. Der Beitrag der Schule für die Bildung der Schülerinnen und Schüler – das ist sie selbst. ■

Literatur:

Calmbach, Marc u.a.: Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf 2012 (hier insbesondere 60-67).

Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt a. M. 2010.

von der Groeben, Annemarie: Wir wollen Schule machen. Eine Streitschrift des Schulverbands „Blick über den Zaun“. Leverkusen 2012.

Jan-Christoph Horn ist Dipl.-Theologe, Dipl.-Pädagoge und Dipl.-Caritaswissenschaftler. Er ist als Pastoralreferent sowie als Geistliche Verbandsleitung des KSJ Diözesanverbands Münster tätig.

Die Jugendarbeit ist bei der Gestaltung von Bildungslandschaften ein unverzichtbarer Partner. Insbesondere, wenn man Räume der formalen, non-formalen und informellen Bildung miteinander verbinden möchte, gerät auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Blick. Ihr Auftrag und ihr dazugehöriges Bildungsverständnis werden erörtert und ein Ausblick auf ein konkretes Praxisprojekt gegeben.

OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT ALS BILDUNGSSORT

Bildung braucht viele Gestalten

Claudia Werker / Manuel Hetzinger

Die zeitliche Ausdehnung der Schule in den Nachmittag durch den flächenmäßig angestrebten Ausbau der Ganztagschule in NRW lässt zwangsläufig neue Arrangements mit Eltern und den Trägern außerschulischer Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche notwendig werden. Kinder und Jugendliche werden deutlich länger und intensiver am Lernort Schule eingebunden. Mehr Schule bedeutet gleichzeitig weniger freie Zeit, um andere Erfahrungen zu machen und Selbstbildungsprozesse an anderen Bildungsorten zu ermöglichen. „Ganztagsbildung“ und „lokale/regionale Bildungslandschaften“ lauten die Zauberformeln, die in der Bildungsdiskussion so en vogue zu sein scheinen.

Formen und Orte von Bildung

Der 12. Kinder- und Jugendbericht postuliert in seinem Kern, dass es darum gehen muss, Orte der formalen, non-formalen und informellen Bildung miteinander, für Kinder und Jugendliche nutzbar in Beziehung zu setzen. Er macht deutlich, dass viele unterschiedliche Bildungsorte für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen notwendig sind. Dazu gehört ganz bestimmt die Schule. Aber auch die Familie, die Peergruppe, der Sozialraum, der Sportverein u. v. m. sind Orte, an denen Bildung „geschieht“ - Bildung verstanden in einem humboldtschen Sinn als „Verknüpfung des Ichs mit der Welt“ zur „allgemeinsten, regesten und freiesten Wechselwirkung“ (vgl. Humboldt 1995, 235). Ein professionell strukturierter und verantworteter Bildungsort ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit (mit insgesamt immerhin rund 2.200 Einrichtungen in NRW). Ihr originärer Auftrag bietet eine besondere Expertise für die Mit-Gestaltung von lokalen bzw. regionalen Bildungslandschaften. *Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Bildungsort, manchmal erst auf den zweiten Blick.* Ein Beispiel:

Es ist Mittwochabend, Offener Treff im Jugendzentrum. Noch ist wenig los – zwei 13-jährige Jungen, Matthias und Lukas, spielen lautstark Billard. Lukas scheint Matthias im Spiel haushoch überlegen zu sein. Immer wieder jubelt er, während von Matthias ein Aufstöhnen zu hören ist. Das erste Spiel ist vorüber, Lukas hat wie erwartet gewonnen und genießt seinen Sieg. „Alter, bist Du schlecht“, sagt er übermütig und boxt Matthias freundschaftlich gegen die Schulter. Dieser versteht wenig Spaß, baut sich auf und meint: „Fass mich nicht an!“. Lukas ist perplex, nuschelt „Gutes Spiel“ und streckt Matthias die Hand hin. „Verarsch mich nicht!“, meint Matthias und schubst Lukas beiseite. Doch anstatt zurückzuschubsen, greift Lukas nach Matthias' Hand und grinst: „Hier ist es üblich, dass man sich nach einem Spiel die Hand gibt – Revanche?“

Eine typische Situation der Offenen Arbeit: Freiheit, einen Konflikt auszutragen – Einschränkung durch den gegebenen Raum und seine Regeln – (zunächst) keine pädagogische Intervention durch Erwachsene – Bildung?

Lernen und/oder Bildung?

Bildung wird oft in Verbindung mit Menschen gebracht, die belesen sind, sich rhetorisch einwandfrei ausdrücken und über eine hohe fachliche Qualifikation verfügen. Seltener kommt in den Sinn, dass gebildet sein auch bedeutet, sich gut in andere hinein-fühlen zu können, geschickt in Verhandlungen zu agieren oder über angemessene Strategien der Konfliktbewältigung zu verfügen. Bildung bedeutet mehr, als über Wissen zu verfügen. Wissen ist ein Teilaspekt von Bildung, doch *Bildung ist das, was aus dem Wissen gemacht wird.* In diesem Kontext stoßen wir auf einen weiteren gängigen Begriff, der uns aus dem Alltagsgebrauch nur allzu bekannt ist: Lernen. Aber wenn wir

Vokabeln lernen oder lernen, wie man einen Nagel in ein Brett schlägt, heißt das, dass wir danach *gebildeter* sind als zuvor?

Um diese beiden Begrifflichkeiten zu unterscheiden, bleiben wir bei dem Beispiel des Vokabellernens. Das strikte Auswendiglernen bezeichnet (wie der Name schon sagt) das Lernen. Wir können „[...] Lernen als Prozess der Aufnahme, Aneignung und Verarbeitung neuer Informationen verstehen, bei dem jedoch der [kognitive] Rahmen, innerhalb dessen die Informationsverarbeitung erfolgt, selber unangetastet bleibt“ (Koller 2012, 15).

In Abgrenzung zum Lernbegriff kann Bildung als Aneignung von Welt definiert werden. Genauer: „Bildungsprozesse bestehen demzufolge also darin, dass Menschen in der Auseinandersetzung mit neuen Problemlagen neue Dispositionen der Wahrnehmung, Deutung und Bearbeitung von Problemen hervorbringen, die es ihnen erlauben, diesen Problemen besser als bisher gerecht zu werden“ (ebd., 160).

Was als Problem wahrgenommen wird, ist ausschließlich subjektiv bestimmbar. Im Kontext von Bildungsprozessen werden Probleme jedoch nicht als Negativ-Ereignisse definiert, sondern als Fremdheitserfahrungen, die als positive Stimulationen wirken, welche Bildungsprozesse initiieren und daraus neue Handlungsmöglichkeiten entstehen lassen.

Bildung setzt sich also aus folgende Momenten zusammen: (i) etwas Gelerntem, (ii) einer Fremdheitserfahrung, (iii) einem neuen Muster/Schema, welches neue Handlungsdispositionen ermöglicht. Wir können diese drei Schritte dem obigen Beispiel zuordnen. Matthias bisheriges Handlungsmuster (i) zeichnet sich dadurch aus, bei verlorenen Spielen frustriert und gereizt zu sein. Die Regeln des Offenen Treffs, repräsentiert durch seinen Freund, verlangen ihm nun jedoch ab, eine freundliche Geste zu äußern (ii). Inwiefern Matthias hier den wichtigen Schritt zu einer neuen Handlungsdisposition vollzieht, bleibt offen. Wir können nur unterstellen, dass diese Situation ein Baustein zu einem Bildungsprozess darstellen kann.

Dieses Verständnis von Bildung kann jenseits der bekannten Dreiteilung in formale, non-formale und informelle Prozesse bestehen. Es siedelt sich überinstitutionell an allen (Bildungs-)Orten an und ermöglicht einen Blickwinkel, der diese miteinander verbindet und Überschneidungen der einzelnen Felder zulässt.

Bildungspotentiale der Offenen Arbeit

Zurück zum Bildungsort Offene Kinder- und Jugendarbeit. Setzen wir das oben beschriebene Verständnis von Bildung voraus, so gelangen wir zu der Annahme, dass jeder Einzelne sich mit den eigenen Stärken und

Schwächen und mit den Bedingungen seiner Umwelt auseinandersetzen muss und daraus Lernstrategien und Ziele entwickelt. „Letztlich kann Bildung nur in einer individuellen – eben ‚selbsttätigen‘ – Bildungsgeschichte realisiert werden. Pädagogische Anstrengungen können diesen Prozess nur begleiten und unterstützen“ (Sturzenhecker 2008, 159). *Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet dafür Potentiale, die anderswo kaum zu finden sind.*

In ihrem originären Auftrag schafft die Offene Kinder- und Jugendarbeit Frei- und Gestaltungsräume für junge Menschen. Gesetzlich verankert ist sie in § 11 des SGB VIII. Dort heißt es, sie solle an den Interessen junger Menschen anknüpfen, von ihnen mitgestaltet und mitbestimmt werden und somit zu Selbstbestimmung und Mitverantwortung befähigen. Ihre Schwerpunkte lägen u. a. in der Förderung der außerschulischen Jugendbildung. Diesen Bildungsauftrag nimmt sie auf spezifische Weise wahr:

Sie bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Aneignung von Freiräumen und deren Gestaltung und ist so idealer Ort zum Sammeln von Selbstwirksamkeitserfahrungen. Ihr partizipatorischer Ansatz bietet die Möglichkeit der Mitsprache und Mitentscheidung wie in quasi keiner anderen Bildungsinstitution. Demokratie erlernt man durch positive Erfahrungen mit Demokratie. Ausgangspunkt für die Offene Kinder- und Jugendarbeit sind die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, auch und gerade weil damit manchmal Themen berührt werden, die anderswo keinen Platz finden.

Als Arbeitsfeld bietet sie eine Vielzahl an bildungsrelevanten Leistungspotentialen:

- Sie ist Lernort für differenzierte Beziehungsformen,
- Erprobungsraum für geschlechtliche Identität,
- Ort für ästhetische Selbstinszenierung
- und für interkulturelle Erfahrungen
- und vieles mehr.

Die Angebotsstruktur ist niedrigschwellig und zeichnet sich durch Lebensweltorientiertheit aus. Der konzeptionelle Ansatz ist in doppeltem Sinne flexibel. Zum einen, um sich an sozialräumliche Gegebenheiten anpassen zu können. Zum anderen zielt sie prinzipiell auf alle Jugendlichen, nimmt dabei aber stets den Einzelnen in den Blick und fördert so die Gestaltung der sozialen Lebenslagen ihrer Adressaten. Durch ihren offenen und freiwilligen Charakter ist sie eine einzigartige Schnittstelle zwischen dem öffentlichen Raum, Familie und Schule.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit verortet in sich weit mehr Schwerpunkte der außerschulischen Jugendbildung als die in § 11 des SGB VIII aufgeführten (allgemeine, politische, soziale, gesundheitliche, kulturelle, naturkundliche und technische) Selbstbildungsprozesse, hier verstanden als Aneignung von Welt, gekennzeichnet durch Selbst- und Handlungswirksamkeit. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein einzigar-

tiger Bildungsort, der jungen Menschen (Frei-)Räume für soziale Interaktion bietet und ihnen ermöglicht, Erfahrungen für eine selbstbestimmte Lebenspraxis zu sammeln.

Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN

Im Rahmen eines dreijährig angesetzten Modell-Projektes möchte die AGOT-NRW (Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen) eben diesen Fokus auf Offene Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsort herausstellen und in die Diskussion und Entwicklung lokaler/regionaler Bildungslandschaften einbringen. Im Projekt „BILDUNG(S)GESTALTEN – Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung gestalten Bildungslandschaften“ soll an fünf Standorten in Nordrhein-Westfalen versucht werden, sich in bereits bestehende Netzwerke innerhalb der Bildungslandschaften einzumischen, das Profil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu stärken und ihren spezifischen Blick auf und ihre Expertise für Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen in die Diskussion einzubringen.

An den Standorten Bonn, Bad Salzuflen, Gelsenkirchen-Bismarck, Bochum-Wattenscheid und Gladbeck konnten jeweils ganz unterschiedliche Partner gewonnen werden. So sind auch die Herangehensweisen vielfältig, mit denen versucht wird, auf die individuellen Strukturen vor Ort einzuwirken. Alle BILDUNG(S)GESTALTEN wollen die Entwicklung von nachhaltigen sozialräumlichen Praxisbeispielen für die Entwicklung von Bildungslandschaften aus Sicht der Kinder- und Jugendarbeit vorantreiben. Dabei soll der spezifische Auftrag der Bildungsakteure und ihre Bildungswirkungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen deutlich gemacht werden.

Die AGOT-NRW als landesweiter Träger des Projekts schafft einen Rahmen für die Entwicklung von dezentralen Bildungslandschaften, in denen die beteiligten Partner vor Ort gemeinsam ihr Bildungsverständnis erarbeiten und neue Kompetenzen für Vernetzungsprozesse entwickeln. Wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird das Projekt durch den Forschungsverbund der Technischen Universität Dortmund und dem Deutschen Jugendinstitut.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, inwieweit es gelingt, die Dimension der Aneignung und Schaffung von Freiräumen nachhaltig in die Bildungslandschaften zu implementieren und so informelle Bildungsprozesse in den Blick zu nehmen. Finanziert wird das Projekt für den Zeitraum Oktober 2011 – September 2014 aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und Stiftungsmitteln der Anneliese-Brost-Stiftung. Die BILDUNG(S)GESTALTEN sind erfolgreich, wenn es gelingt, Veränderungen nicht nur in den Vernetzungsstrukturen vor Ort zu bewirken, sondern



auch die Bildungswirklichkeit für Kinder und Jugendliche zu verbessern. ■

Literatur:

Humboldt, Wilhelm von: Theorie der Bildung des Menschen. In: Flitner, Andreas/Giel, Klaus (Hg.): Wilhelm von Humboldt. Werke in fünf Bänden. Hier: Werke Bd.1: Schriften zur Anthropologie und Geschichte. Darmstadt 1995.

Koller, Hans-Christoph: Bildung anders denken: Einführung in die Theorie transformatorischer Bildungsprozesse. Stuttgart 2012.

Sturzenhecker, Benedikt: Zum Bildungsanspruch von Jugendarbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas (Hg.): Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen. Wiesbaden 2008, 147-166.

Claudia Werker ist Dipl.-Pädagogin und als Projektkoordinatorin im Projekt „BILDUNG(S)GESTALTEN“.

Manuel Hetzinger ist Dipl.-Pädagoge und Fachreferent für Offene Kinder- und Jugendarbeit. Im Projekt „BILDUNG(S)GESTALTEN“ ist er als Zentraler Projektkoordinator tätig.

Näheres zum Projekt unter www.bildungsgestalten.de oder per E-Mail an projektkoordination@bildungsgestalten.de

Sind Sie schon Fan der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V.?



www.facebook.com/themajugend

MATERIAL ZUM THEMA

Heimbach-Steins, Marianne/Kruip, Gerhard/Kunze, Axel Bernd (Hg.)

Das Menschenrecht auf Bildung und seine Umsetzung in Deutschland

Diagnosen – Reflexionen – Perspektiven
W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2007.

Bildung wird auch in Deutschland zunehmend als ein Menschenrechtsthema diskutiert. Dazu hat auch der Deutschlandbesuch des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung im Jahr 2006 beigetragen.

Der Band stellt erste Ergebnisse aus dem DFG-Projekt „Das Menschenrecht auf Bildung“ vor. Die Beiträge fragen, wie das Recht auf Bildung derzeit in Deutschland verwirklicht ist und wo Verbesserungen notwendig sind. Ein Schwerpunkt liegt auf den besonderen Problemen der Bildungsgerechtigkeit von Kindern mit Armuts- oder Migrationshintergrund.

Hörner, Wolfgang/Drinck, Barbara/Jobst, Solvejg

Bildung, Erziehung, Sozialisation

Grundbegriffe der Erziehungswissenschaft

UTB/Verlag Barbara Budrich, Opladen u.a. 2010.

In dem Band führen die Autoren, die an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig arbeiten, in drei großen Kapiteln in die zentralen Begriffe erziehungswissenschaftlichen Denkens ein: Bildung (Hörner), Erziehung (Drinck), Sozialisation (Jobst). Diese Schwerpunkte sind jeweils noch mal in vier Unterkapiteln gegliedert. Dieses zentrale Grundwissen wird leicht verständlich für angehende Erziehungs- und Bildungswissenschaftler dargestellt: für Studienanfänger, insbesondere für Bachelor-Studierende, und zur Prüfungsvorbereitung.

Linßer, Janine

Bildung in der Praxis Offener Kinder- und Jugendarbeit

Qualitative Interviews mit Führungskräften

VS College, Wiesbaden 2011.

Die Bekanntgabe der ersten PISA-Ergebnisse hat dazu beigetragen, dass in Deutschland eine Bildungsdebatte entfacht wurde, die sich in ihrem weiteren Verlauf auch auf

die Offene Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsinstitution ausgewirkt hat. Was bedeutet nun Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit? Warum fordern Theorie und Wissenschaft, den gesetzlichen Bildungsauftrag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und dessen Umsetzung, in der Praxis zu reflektieren? Welche Bildungsgelegenheiten können in der Praxis Offener Kinder- und Jugendarbeit ausgemacht werden und versteht diese sich selbst als Bildungsinstitution? Diese und weitere Fragen erörtert Janine Linßer auf der Grundlage von qualitativen Interviews mit Führungskräften von Kinder- und Jugendzentren in Münster.

Sturzenhecker, Benedikt/Lindner, Werner (Hg.)

Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit

Vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis

Beltz/Juventa, Weinheim 2004.

Die Kinder- und Jugendarbeit hat einen eigenständigen außerschulischen Bildungsauftrag und sie erhebt berechtigt den Anspruch, Bildung zu sein. Unbestimmt hingegen bleibt immer wieder, wie dieser Anspruch angesichts aktueller Anforderungen wahrgenommen, reflektiert und vor allem handlungspraktisch eingelöst wird. Eine wesentliche Fragestellung für die künftige Entwicklung lautet daher: Was müssen Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit tun, um den Anforderungen nach „Bildung“ in ihrem alltäglichen Handeln auch wirklich gerecht zu werden? Das bedeutet, dass sich der Bildungsanspruch auch an die Jugendarbeit selber richtet: Sie muss zeigen können, dass sie ihren Anspruch auch praktisch umsetzt.

Diese Frage beantwortet das Buch folgendermaßen: Theoretiker der Debatte um Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit haben sich mit Praktiker/-innen zusammengesetzt. Gemeinsam reflektieren und entwerfen sie die Umsetzung des Bildungsanspruchs in konkreten Projekten. Dieses wird exemplarisch für viele Felder der Kinder- und Jugendarbeit geleistet, z. B. für Offene Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Mädchenarbeit oder internationale Jugendarbeit. Die Praxisreflexionen werden unterstützt durch Erinnerung an die Essentials bildender Jugendarbeit und methodische Hinweise.

Dörpinghaus, Andreas/Poenitsch, Andreas/Wigger, Lothar

Einführung in die Theorie der Bildung

WBG, Darmstadt 2012.

Bildung ist ein vieldiskutiertes Thema: In Bildung soll investiert werden, Bildung gilt als Persönlichkeitsmerkmal aber auch als wichtiges Wirtschaftsgut, Bildung führt jeder im Munde, der von wichtigen Zukunftsthemen spricht. Wer sich jedoch beruflich damit beschäftigt oder auch nur die aktuellen Bildungs-Debatten kompetent mitverfolgen möchte, der sollte den oft schwammig verwendeten Bildungsbegriff genauer differenzieren können. Die Einführung in die Theorie der Bildung bringt Ordnung in die Begriffsvielfalt und bietet dem Leser einen gut verständlichen ersten Überblick – von Platon bis Schwanitz. Mit ihrer Verbindung von Bildungsphilosophie und empirischer Bildungsforschung ist diese Einführung zugleich ein historisch-systematischer Beitrag zu den aktuellen Diskursen über Bildung.

Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hg.)

Bildung als Privileg

Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit

VS, Wiesbaden 2010.

Im Anschluss an kontroverse Diskussionen über dauerhafte Bildungsungleichheiten stellt das vorliegende Buch detailliert aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zentrale Ursachen für sozial ungleiche Bildungschancen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Im vorliegenden Band wird der aktuelle Stand empirischer Bildungsforschung diskutiert und es werden neue Analysen vorgelegt. Ziel ist es, in systematischer Weise soziale Mechanismen aufzuzeigen, die zur Entstehung und Reproduktion von Bildungsungleichheiten beitragen.

Lemke, Vytautas/ Tracy, Rosemarie (Hg.)

Offensive Bildung

Sprache macht stark

Cornelsen Scriptor, Berlin 2009.

Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg und zur Integration. Ihre Entwicklung bei 2- bis 4-Jährigen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft gezielt zu fördern, ist Aufgabe der Erzieher/-innen. Aber auch Eltern als wichtigste Kommunikationspartner der Kinder werden in diesem Buch angesprochen. Neben dem nötigen Hintergrundwissen liefert das Autorenteam Anregungen für die Arbeit in Kleingruppen oder für zu Hause mit Spielen und Aktivitäten zur Sprachförderung.

KOMMENTAR

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und dem Herausgeber geteilt. „Kommentare“ sollten zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



SITZENBLEIBEN KOMMT TEUER ZU STEHEN

Die Klagen sind bekannt: Uns fehlt es an qualifizierten Facharbeitern und die jungen Menschen werden immer älter, bevor sie nach einer Berufs- oder Hochschul Ausbildung in den Arbeitsmarkt einsteigen (können). Hierbei spielt die Zahl – 40.000 Wiederholer in 2010/11 – eine nicht unwesentliche Rolle. Wie das?

Die Diskussion um die Dauer der Lebensarbeitszeit kann auch vom Einstiegsalter in das Berufsleben geführt werden: Je jünger der Bewerber um den Platz einer Ausbildungsstelle oder eines Studiums ist, umso früher kann er in das Erwerbsleben eintreten und die Rentenkasse entlasten. Klassenwiederholungen verlängern die Ausbildungszeiten und verursachen zusätzliche Kosten für den Steuerzahler.

Nehmen wir einmal an, dass die Hälfte der Wiederholer, also 20.000 Schüler, nach zehnjähriger Schulpflicht entlassen wird, ohne einen Schulabschluss erzielt zu haben, dann werden sehr viele von ihnen in dieser oder jener Warteschleife Steuergelder verbrauchen, um doch noch in ein Ausbildungsverhältnis zu kommen. Gelingt die

nachträgliche Qualifikation, ist es gut angelegtes Steuergeld.

Die andere Hälfte der Wiederholer bleibt ein Jahr länger in der Schule, um zu einem Schulabschluss zu kommen. Das verursacht zusätzliche Kosten in Höhe von 96.000.000 Euro! Ein Schuljahr kostet nach amtlicher Rechnung den Steuerzahler 4.800 Euro. Darin enthalten sind kommunale Kosten (Gebäude, Hausmeister, etc.) und Landeskosten (Lehrergehälter, etc.). Gemäß unserer Annahme kommt es zu folgender Kostenrechnung: 20.000 x 4.800 Euro = 96.000.000 Euro. Verständlich ist in diesem Zusammenhang die Klage einer Kölner Schuldezernentin: „Der teuerste Bürger einer Kommune ist der Schulversager.“

Es gibt viele Möglichkeiten, das Schulversagen zu verhindern. Eltern können ihre Kinder besser unterstützen, Schule kann zusätzliche Förderung anbieten, wenn die Leistung eines Schülers abrutscht, usw. Es können auch multiprofessionelle Unterstützungssysteme für Schüler in der Schule geschaffen werden, die Schulversa-

gen weitestgehend verhindern und letztlich Geld sparen.

So ließen sich für den Gegenwert von 96 Millionen Euro 2.400 Stellen Schulpsychologie einrichten (eine Stelle mit 40.000 Euro gerechnet) oder 10.000 Beratungslehrer oder, oder. Gerade weil immer wieder beklagt wird, dass im Vergleich zu Nachbarländern im deutschen Bildungswesen weniger Geld vorhanden ist, sollte überlegt werden, wie man den verfügbaren Etat effizienter verwalten kann. Unterstützungssysteme für die Schulen würden sich rechnen.

Und - Klassenwiederholungen sind bei uns ein beliebtes, aber wenig hinterfragtes Vorgehen bei schulischem Versagen. Dass es auch ohne Noten und Sitzenbleiben in den ersten acht Klassen geht, beweisen PISA-Vorzeige-Länder in Skandinavien. Jeder Beteiligte in einem solchen Schulsystem weiß zudem, dass Lehrer und Schüler aufeinander angewiesen sind und bleiben, eben weil der Schulversager nicht in eine andere Klasse oder an eine andere Schule abgegeben werden kann.

Während in unserem Schulsystem Schuljahre wiederholt und Schulsysteme gewechselt werden, verweilt dort der versagende Schüler in jedem Fall weiter in seiner Klasse. Es bleibt den Lehrern gar nichts anderes übrig, als sich um rechtzeitige Unterstützung u. a. durch Lernberater zu bemühen und zu fragen: Wie können wir dem Lernverlauf eine andere Richtung geben?

Dr. Josef Hanel ■

Der Autor ist Dipl.-Psychologe und Pädagoge. Er engagiert sich als Vorsitzender des Vereins für Schulpsychologie Detmold e.V. (www.schups.de). Davor war er als Leiter des Schulpsychologischen Dienstes der Stadt Detmold tätig.

Anzeige

Wir nehmen zu aktuellen Fragen im Bereich Kindesmisshandlung und -vernachlässigung Stellung.

Wir schaffen ein (fach-)öffentliches Problembewusstsein und informieren über seelische, körperliche und sexualisierte Gewalt an Mädchen und Jungen.

Wir fördern die Professionalisierung von Fachkräften in sozialen Berufen zu Themen des Kinderschutzes.

Wir bieten bundesweit interdisziplinäre Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an.

Wir etablieren multiprofessionelle Kooperationsbündnisse auf nationaler und internationaler Ebene.

Wir fördern den Wissenstransfer zwischen Praxis und Wissenschaft.

Wir beraten Organisationen bei der Etablierung von Kinderschutzkonzepten.

Gemeinsam stark für den Kinderschutz. Ihre Spende hilft, Kinder vor Gewalt zu schützen.

Spendenkonto:

DGfPI e.V.

Bank für Sozialwirtschaft

Konto 11 3 11 03 | BLZ 370 205 00



Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V.

www.dgfpi.de

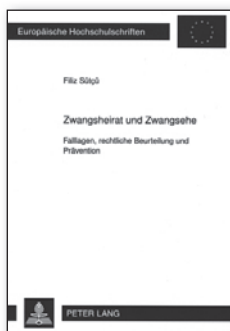


Wir bedanken uns für die kostenlose Veröffentlichung unserer Anzeige.

Filiz Sütçü

Zwangsheirat und Zwangsehe

Falllagen, rechtliche Beurteilung und Prävention



■ 2011 ist Zwangsverheiratung als Straftatbestand ins deutsche Strafgesetzbuch aufgenommen worden. Filiz Sütçü beschäftigt sich in ihrer Dissertation von 2009 ausführlich mit dem Themenfeld Zwangsheirat. Als Anwältin mit vorwiegend türkischsprachigen Mandanten und Mandantinnen betreut sie bis heute Scheidungsfälle, bei denen die Ehe zuvor arrangiert oder sogar durch das soziale Umfeld erzwungen wurde. Sütçü erforscht in ihrer Doktorarbeit, ob solche Eheschließungen durch religiöse Vorschriften getragen werden und wie deutsches und türkisches Recht eine Zwangsheirat qualifizieren bzw. sanktionieren.

In dem umfassenden Kapitel „Begriffsbestimmungen“ (S. 25 - 113) unterscheidet die Autorin zwischen arrangierter Ehe, Zwangsheirat und Zwangsehe. Dabei gelingt es ihr, kultursensibel darzustellen, welche Bedeutung die Ehe für viele Türken und Türkinnen bzw. türkeistämmige Deutsche hat und nach welchen Regeln und Traditionen Eheanbahnungen bzw. Eheschließungen verlaufen können. Leserinnen und Leser, die nicht aus diesem Kulturraum stammen, erschließen sich so das weite und sehr differenzierte Problemfeld „Zwangsheirat“ und das sozial-kulturelle Phänomen „arrangierte Ehe“ bis ins letzte Detail. Mit Hilfe von Fallbeispielen gerät diese Ausdifferenzierung sehr lebensnah und gut lesbar. Sütçüs Stil bleibt dabei stets neutral, was bei diesem emotionalen Thema sehr nützlich ist.

Im nächsten Kapitel „Darlegung der verschiedenen Facetten von Zwangsheirat anhand von Fallgruppen“ (S. 113 - 182) ordnet die Juristin die ihr bekanntesten Fälle in Kategorien ein. Dabei spielen traditionelle, ökonomische und teilweise aufenthaltsrechtliche Motive eine Rolle. Es wird deutlich, dass aus arrangierten Ehen Zwangsehen

werden können und dass in diesen Konstellationen zwar auch Männer betroffen sind, aber es für sie leichter ist, eine vorgeschlagene Braut abzulehnen.

Der Abschnitt „Zwangsheirat als religiöses Phänomen“ (S. 183 - 254) ergibt nach ausführlicher Prüfung der religiösen Texte, dass Zwangsheirat kein typisch islamisches Phänomen ist, sondern mit patriarchalischen Familienbildern, traditionalistischem Ehrverständnis und konservativer Auslegung der islamischen Quellen verbunden sein muss. Die Religion allein kann nicht als Grund für Zwangsheiraten herangezogen werden.

Die folgenden zwei Kapitel beschäftigen sich mit der Rechtslage bezüglich Zwangsheirat in der Türkei (S. 255 - 284) und in Deutschland (S. 285 - 334). Zur Zeit der Veröffentlichung (2009) gab es in beiden Ländern keinen Straftatbestand „Zwangsheirat“. Sütçü schlägt im Unterkapitel „Flankierende Maßnahmen“ vor, dass Ausländerbehörden und Botschaften Verwandtenehen zum Familiennachzug ablehnen müssten, dass das Ehepaar in einem eigenen Haushalt leben solle sowie Deutschkenntnisse bereits vor der Einreise nachgewiesen werden müssten. Weiter fordert sie, dass die Bildung beider Ehepartner stärker gefördert, dass eine Infrastruktur für Opfer geschaffen und dass Aufklärungsarbeit zum Thema geleistet werde. Die Autorin begründet ihre Vorschläge etwas kurz, wenn man bedenkt, dass im Untertitel des Buches der Begriff „Prävention“ erscheint. Dieser Abschnitt könnte länger sein, muss er aber nicht, wenn man bedenkt, dass es sich um eine juristische und nicht um eine pädagogische Dissertation handelt.

Filiz Sütçü leistet mit ihrer Doktorarbeit einen wichtigen und umfassenden Beitrag zum Problemfeld „Zwangsheirat“ und widerlegt gleichzeitig mediale Vorurteile über arrangierte Ehen. Leserinnen und Lesern, die sich einen differenzierten, kultursensiblen und ausführlichen Einblick ins Thema wünschen, sei diese Publikation unbedingt empfohlen. ■

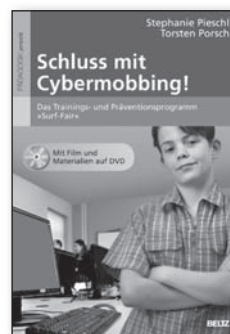
Regina Laudage

354 Seiten, Preis: 65,80 Euro, ISBN 978-3-631-58630-3, Frankfurt am Main 2009.

Stephanie Pieschl/Torsten Porsch

Schluss mit Cybermobbing!

Das Trainings- und Präventionsprogramm „Surf-Fair“



■ „Mobbing“ ist in unterschiedlichsten Ausprägungen ein weit verbreitetes Phänomen, mit dem pädagogische Fachkräfte in ihrer täglichen Praxis häufig konfrontiert werden. Eine relativ neue Form des Mobbing hat sich vor dem Hintergrund der sich ausbreitenden Nutzung digitaler Medien und Kommunikationsformen entwickelt: das „Cybermobbing“. Aber wie kann man bei Cybermobbing reagieren? Gibt es Möglichkeiten, Cybermobbing präventiv entgegenzuwirken? Auf Fachkräfte, die sich mit diesen Fragen beschäftigen möchten/müssen, ist das Buch von Pieschl und Porsch zugeschnitten. Inhalt der Monografie ist das Präventionsprogramm „Surf-Fair“, welches aus einem universitären Lehrforschungsprojekt entstanden ist und unter wissenschaftlicher Begleitung explizit für die pädagogische Praxis entwickelt wurde.

Dr. Stephanie Pieschl ist Akademische Rätin u. a. mit den Arbeitsschwerpunkten Neue Medien, Mediennutzung und Medienkompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Dr. Torsten Porsch ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte umfassen u. a. Cybermobbing, Prävention sexueller Belästigung im Internet und Umgang von Kindern und Jugendlichen mit modernen Kommunikations- und Interaktionsmedien. Beide arbeiten am Institut für Psychologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und haben mit einer Vielzahl von Studierenden das Präventionsprogramm entwickelt, in der Praxis erprobt und die Wirkung des Konzeptes evaluiert.

Zum Aufbau des Buches: Die zwei inhaltlichen Kapitel „[2.] Cybermobbing in Theorie und Forschung“ und „[3.] Das Präventionsprogramm Surf-Fair“ gliedern das Buch zusammen mit einem Kapitel, in dem alle notwendigen „[4.] Kopiervorlagen“ beigelegt sind, in drei inhaltliche Abschnitte, vernachlässigt man die „[1.] Einleitung“ und den weiteren „[5.] Anhang“. Das Theorie- und Forschungskapitel vermittelt Grundlagen und betrachtet verschiedene Fragen rund um das Thema Cybermobbing. In Kapitel „2.3 Wie häufig kommt Cybermobbing vor?“ werden beispielsweise verschiede-

ne Studien zusammengefasst und ausgewählte Untersuchungsergebnisse des Autorenteam vorgestellt, die Eingang in die Konzipierung des Präventionsprogramms gefunden haben (z. B. die Altersgruppe der Adressatinnen und Adressaten).

In Kapitel „2.6 Was tun bei Cybermobbing“ werden verschiedene Lösungsstrategien und darauf aufbauend in Kapitel 2.7 das Präventionsprogramm „Surf-Fair“ diskutiert. Leser(innen)freundlich sind jeweils die kurzen Zusammenfassungen am Ende eines jeden Kapitels, welche sich auch hervorragend dazu eignen, sich das einmal Gelesene wieder in Erinnerung zu rufen. Abgeschlossen wird das zweite Kapitel mit einer Liste von zum Großteil online abrufbaren Quellen und Leseempfehlungen. Den eigentlichen Kern des Buches bildet das dritte Kapitel zum Präventionsprogramm „Surf-Fair“, welches nach einer kurzen Anleitung zur Gestaltung einer Projektstunde bzw. eines Projekttages insgesamt 17 Übungen bereithält. Alle Übungen sind nach einem festgelegten Schema aufgebaut und in Einstieg, Schwerpunkt und Abschluss unterteilt. Aufgrund dieser Gliederung (Ziele, Hinweise, Aufwand, Material, Vorbereitung, Ablauf, Leitfaden zur Diskussion/Aufbereitung) lässt sich ein Großteil der Übungen zügig zusammen mit den mitgelieferten Arbeitsmaterialien einsetzen. Dabei ist zu beachten, dass das Fallbeispiel in Form eines Films einen Kern des Programms ausmacht und sich viele Übungen auf ihn beziehen.

Das vorliegende Buch eignet sich insbesondere für Lehrer/-innen oder pädagogische Fachkräfte, die mit einer Klasse oder Gruppe zwischen der 5. bis 7. Jahrgangsstufe präventiv zum Thema Cybermobbing arbeiten möchten. Auch wenn der Aufbau des Buches die Möglichkeit offen hält, lediglich die Zusammenfassungen zu lesen und daraufhin einige Übungen durchzuführen, ist es dennoch empfehlenswert, das Werk in Gänze zu lesen. Der knapp gehaltene theoretische Einstieg erleichtert den Leserinnen und Lesern die Auswahl der passenden Übungen und Ansätze für die entsprechende Zielgruppe. Eine umfassende theoretische Abhandlung von Cybermobbing kann und will das Werk nicht leisten, da es dezidiert für die Praxis gedacht ist. Es fasst kurz und prägnant alle wichtigen Informationen zu Cybermobbing zusammen und bietet für ein weiteres Studium eine umfangreiche Literaturliste.

Dem Buch sind eine CD mit dem Beispiel-film und noch einmal alle Kopiervorlagen in digitaler Form beigelegt, welche auch mit einem im Buch abgedruckten Passwort von der Verlagshomepage heruntergeladen werden können. ■

Mischa Engelbracht

126 Seiten, Preis: 26,95 Euro, ISBN 978-3-407-62776-6, Weinheim und Basel 2012.

Neu: „Wenn-Ich-Karten“ zum Thema Gewalt

Spielerisch Gewalt vorbeugen



■ Gewalt begegnet jungen Menschen nicht nur in Medien und auf der Straße. Je nach Vorstellung darüber, was Gewalt eigentlich ist, wird das Thema in nahezu allen Situationen, wo sich Menschen begegnen, relevant.

Die „Wenn-Ich-Karten“ zum Thema Gewalt bieten eine einfache Methode, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Das Kartenset greift auf eine bewährte Arbeitsweise zurück, bei der im offenen Austausch alle ihren Standpunkt vertreten können. Nicht Wertungen und moralische Appelle stehen im Vordergrund, sondern Erfahrungen und Einstellungen der Betroffenen selbst. Junge Menschen werden durch das Spiel befähigt, Gewalt besser zu verstehen und eigene Gewalthandlungen zu reflektieren. Die Karten können in allen Gruppen von Jugendlichen eingesetzt werden.

Entwickelt wurden die Karten von Jörg Breitweg (Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V.) und Gesa Bertels (Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V.).

Das Kartenset ist nach den Themenfeldern Gewalt allgemein, Mobbing & Cyber-Mobbing, Mediengewalt und Zivilcourage aufgeteilt. Empfohlenes Mindestalter: 11 Jahre, München 2011, Karton mit 105 Karten und Begleitheft. ■

Das Spiel ist zum Preis von 9,50 Euro (zzgl. Porto/Versand) bei uns zu beziehen:

**Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NW e. V.
Salzstraße 8
48143 Münster
Telefon: (0251) 54027
Telefax: (0251) 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de**

Neue Informationsmaterialien zu Alkohol

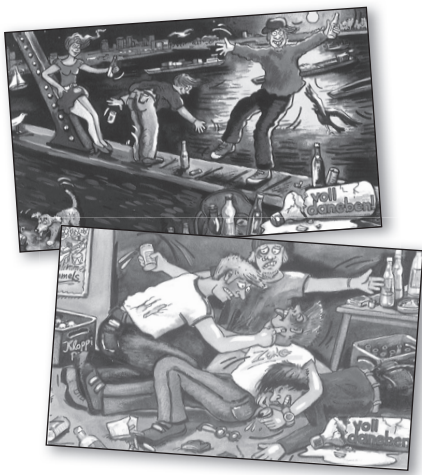
■ Das nordrhein-westfälische Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) hat im Rahmen der Landeskampagne „Sucht hat immer eine Geschichte“ neue Informationsbroschüren zur Alkoholproblematik bei Kindern und Jugendlichen herausgegeben.

Eine **Informationsbroschüre für Jugendliche** informiert über Alkohol und will zur kritischen Reflexion über den eigenen Umgang mit Alkohol anregen. Die Broschüre enthält die wichtigsten Fakten über Alkohol, Expertenkommentare zu üblichen Meinungen über Alkohol, die wichtigsten rechtlichen Infos, Tipps zum „richtigen“ Feiern sowie Hinweise zu hilfreichen Links und Kontakten.



Ein **Ratgeber für Eltern** gibt sowohl Hinweise und Tipps zum Umgang mit Alkohol in der Familie als auch Anregungen zur Überprüfung des persönlichen Alkoholkonsums. Darüber hinaus werden Tipps vermittelt, worauf Eltern in Gesprächen mit ihrem Kind zum Thema Alkohol achten sollten sowie Hinweise auf weiterführende Materialien und Unterstützungsmöglichkeiten gegeben. Der Ratgeber ist ein Nachdruck der Texte und Bilder des Elternratgebers „Alkohol – reden wir drüber“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln und wurde in Hinblick auf die präventiven Angebote in Nordrhein-Westfalen ergänzt. ■

Beide Informationsbroschüren können bestellt werden über die Landeskoordinierungsstelle Suchtvorbeugung NRW – ginko Stiftung für Prävention unter der Internetadresse: www.ginko-stiftung.de oder direkt beim Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter unter der Internetadresse: <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mgepa>



Neue Info-Cards für die Prävention des Alkoholmissbrauchs

■ Die Landeskoordinierungsstelle hat neue Info-Cards für die Prävention des Alkoholmissbrauchs im Jugendbereich herausgebracht. Die Karten sollen gezielt sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche ansprechen und weisen in knapper Form auf die vielfachen Risiken hin, die mit dem (erhöhten) Konsum von Alkohol verbunden sind.

Die insgesamt 10 Comic-Motive greifen typische Situationen auf, in denen jeweils Mädchen und Jungen unter Alkoholeinfluss geraten können. Allen gemeinsam ist die Botschaft, kritisch mit Alkohol umzugehen, nicht die Kontrolle zu verlieren und hochprozentige Getränke zu meiden. ■

Die Karten sind für den Einsatz in der Suchtprävention und in der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen konzipiert und können über die Landeskoordinierungsstelle Suchtvorbeugung NRW – ginko Stiftung für Prävention unter der Internetadresse www.ginko-stiftung.de bestellt werden.



Onlineberatung für Kinder und Jugendliche

Neue Ausgabe der Zeitschrift **Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)**

■ Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen wird zunehmend durch die digitalen Medien geprägt. Soziale Netzwerke sind eng in die Lebensführung und die Gestaltung sozialer Beziehungen eingebunden und werden von der Mehrzahl aller Mädchen und Jungen im Alter von 12 bis 19 Jahren genutzt. Online-Communities sind aber auch der Ort, an dem Kinder und Jugendliche vermehrt Rat und Hilfe suchen. Themen wie Freundschaft, Liebe und Sexualität aber auch Konflikte stehen dabei im Mittelpunkt.

Für Institutionen, die ein Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche vorhalten, bieten soziale Netzwerke die Möglichkeit, die eigenen Angebote einem breiten, zumeist jungen Publikum zur Verfügung zu stellen und den Bekanntheitsgrad zu steigern. Hierzu bedarf es eines niedrigschwelligen Zugangs, der lebensweltorientierte und zielgruppensensible Angebote bietet.

Hier setzt die aktuelle Ausgabe von **Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis – KJug** an, indem die Bedeutung und Nutzung der sozialen Netzwerke aufgezeigt wird und die Voraussetzungen für virtuelle professionelle Beratungsangebote benannt werden. Informationen müssen dort verfügbar sein, wo der Austausch stattfindet, in der jugendkulturellen Kommunikation anschlussfähig sein und so die Jugendlichen selbst als Multiplikatoren zur Verbreitung der Informationen einbinden. Gleichzeitig müssen aber auch die Persönlichkeitsrechte und der Datenschutz in einem geschützten Beratungsraum bewahrt werden.

Für Institutionen, die über eine Präsenz in sozialen Netzwerken nachdenken, finden sich in den Beiträgen grundlegende Informationen und Anregungen. ■

Die Ausgabe 2-2012 der Zeitschrift Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug) kann zum Preis von 16,- Euro (inkl. Versandkosten) bestellt werden beim Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Telefax: (030) 400 40 333

E-Mail: kjug@bag-jugendschutz.de

Online unter

www.bag-jugendschutz.de/kjug

INFORMATIONEN

Das Recht auf Freizeit und Erholung gilt auch für Flüchtlingskinder!

Auch Flüchtlingskinder sollen unbeschwerter Ferienerlebnisse durch die Beteiligung an Ferienfreizeiten genießen!

■ Spiel, Spaß, Sport, sich erholen, nette Leute kennenlernen, Freundschaften schließen und neue Länder entdecken - für viele Kinder und Jugendliche ist die Teilnahme an Ferienfreizeiten selbstverständlich. Junge Flüchtlinge können diese Erfahrungen jedoch oft nicht machen.

Für sie gelten nach wie vor besondere aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, die ihnen die Teilnahme an Freizeiten erschweren.

Nach der UN-Kinderrechtskonvention soll beim Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen das Kindeswohl an erster Stelle stehen. Nach Artikel 31 der Konvention sind die Vertragsstaaten der UN aufgefordert, das Recht des Kindes auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben sowie auf Spiel, Erholung und Freizeitbeschäftigung zu fördern.

Seit Ende 2010 ist in Nordrhein-Westfalen die sogenannte „Residenzpflicht“ aufgehoben. Flüchtlingskinder können sich nun zumindest im gesamten Gebiet des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen erlaubnisfrei aufhalten. Die Einschränkungen gelten jedoch weiterhin für Reisen in andere Bundesländer und ins Ausland.

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW bittet daher erneut alle Ausländerbehörden in NRW, sich auch in diesem Jahr offensiv für junge Flüchtlinge einzusetzen und ihre Teilnahme an Ferienfreizeiten auch in andere Bundesländer und ins Ausland zu ermöglichen. Ausländerbehörden können auf Antrag im Einzelfall eine für die Dauer der Reise befristete Aufenthaltserlaubnis erteilen, damit zum Ende der Auslandsfahrt die Wiedereinreise nach Deutschland möglich ist.

Viele Jugendverbände, Vereine und Initiativen setzen sich jedes Jahr wieder dafür ein, dass junge Flüchtlinge die Chance erhalten, auf Ferienfreizeiten mitzufahren. Dafür ist ihnen besonders zu danken.

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge dankt ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ausländerbehörden, die ihre Spielräume nutzen, um Flüchtlingskindern die Teilnahme an Ferienfreizeiten zu ermöglichen und das Engagement der Träger unterstützen. ■

Fußballweltmeisterin beim 1. Malteser Fair Play-Jugend- kongress in Köln



■ Auf Einladung des Malteser Hilfsdienstes e.V. in der Erzdiözese Köln kamen am 21. April 2012 rund 100 Kinder und Jugendliche zum 1. Malteser Fair Play-Jugendkongress ins Sportmuseum nach Köln. Dank des engagierten Moderators Desmond Squire, Sprecher in der Berliner o2 World Arena, wurden die jungen Kongressteilnehmer mit Spannung in das Tagesprogramm eingeführt.

In sechs verschiedenen Workshops, die u. a. von der Kriminologin Prof. Dr. Britta Bannenberg, der Sozialpsychologin Dr. Catarina Katzer, vom Bundesreferat der Malteser Jugend, dem Schauspieler Dirk Heinrichs und dem Rettungsassistenten Felix Hilgert angeboten wurden, konnten sich die Jugendlichen aktiv mit den Experten über die Wirkungsweise und Prävention von Gewalt und Mobbing sowie gelebtes „Fair Play“ austauschen.

Zuvor jedoch machten die Teilnehmer große Augen. Als Ehrengast des 1. Malteser Fair Play-Jugendkongresses kam eigens die Fußballweltmeisterin und aktuelle Nationalspielerin Alexandra Popp nach Köln. Engagiert widmete sie sich am Vormittag den Fragen und Fotowünschen der jungen Teilnehmer. Die 21-Jährige unterstützt darüber hinaus auch als Patin den bundesweiten Malteser Schülerwettbewerb „Fit in FAIR PLAY“.

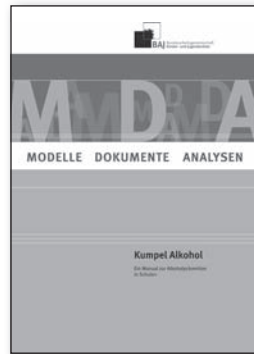
Langeweile kam beim Fair Play-Jugendkongress nicht auf. Gerade durch die praktischen Übungen in den spannenden Workshops blieben die Jugendlichen bis zuletzt hoch motiviert. Vorträge, pädagogische Führungen zum historischen Ursprung des Fair Play im Sport, Erste-Hilfe-Übungen und themenbezogene Rollenspiele wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Das zentral und unmittelbar am Rhein liegende Deutsche Sport und Olympia Museum war für alle Teilnehmer ein wunderbarer Austragungsort des 1. Malteser Fair Play-Jugendkongresses. ■

Veranstaltungshinweis
04.09.2012 in Dortmund

„Kumpel Alkohol“ - Alkohol- prävention an berufsbilden- den Schulen

■ Am Dienstag, 4. September 2012 laden wir herzlich zu einem Seminar zum Thema Alkoholprävention an berufsbildenden Schulen ein. Das Seminar bietet eine Einführung in die Bausteine der Arbeitsmaterialien „Kumpel Alkohol“, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz herausgegeben werden.



Die Broschüre richtet sich insbesondere an Lehrkräfte in berufsbildenden Schulen, die Jugendliche und junge Erwachsene auf ihrem Weg in die Berufswelt begleiten. Erschwert wird diese Aufgabe nicht nur durch schwierige Rahmenbedingungen wie schlechte berufliche Perspektiven vieler Schüler/-innen, sondern oft auch durch mangelnde Schulleistungen, häufige Fehlzeiten und nicht zuletzt durch riskanten oder regelmäßigen Alkoholkonsum.

Die Broschüre enthält Unterrichtseinheiten, die interessierte Lehrkräfte bei der Bearbeitung des Themas Alkohol unterstützen. Mit Hilfe der Bausteine sollen die Schüler/-innen zu einem eigenverantwortlichen und risikobewussten Umgang mit Alkohol befähigt werden. Ziel des Seminars ist es, einzelne Bausteine der Handreichung „Kumpel Alkohol“ kennenzulernen, praktisch zu erproben und Möglichkeiten des Einsatzes im Unterricht zu erörtern.

Engeladen sind Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter/-innen, die an berufsbildenden (und auch an allgemeinbildenden) Schulen arbeiten. Die Materialien eignen sich für die Suchtvorbeugung mit jungen Menschen ab 14 Jahren. Die Veranstaltung findet von 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr im Reinoldinum in Dortmund statt. Die Teilnehmergebühr beträgt 65 Euro inkl. Verpflegung und Arbeitsmaterialien. ■

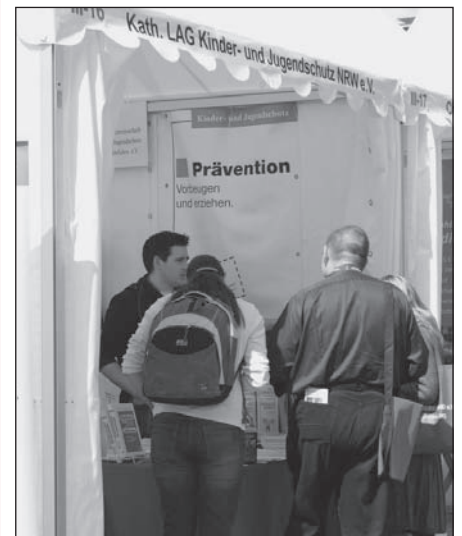
Anmeldung:
**Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NW e. V.**
Salzstraße 8
48143 Münster
Telefon: (0251) 54027
Telefax: (0251) 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Kinder- und Jugendschutz beim Katholikentag

■ In Mannheim fand vom 17. bis 20. Mai der 98. Deutsche Katholikentag statt. Er stand diesmal unter dem Leitwort „Einen neuen Aufbruch wagen“. Auf Einladung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) nahmen bis zu 80.000 Menschen an dem Treffen teil.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. war dabei auf der Mannheimer „Kirchenmeile“ mit einem Informationsstand präsent. Das Team der Geschäftsstelle, unterstützt von einigen ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern, warb dort für die Arbeit und die Materialien der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft und stand als Ansprechpartner für zahlreiche, interessante Gespräche zur Verfügung. ■

-gb-



Prävention auf Dauer – Hinsehen und schützen!

**Schutz vor sexualisierter Gewalt ist
grundlegende Aufgabe für Kirche in
Gesellschaft**

■ Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. hat sich auf ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung mit **sexualisierter Gewalt in Institutionen auseinandergesetzt. Sie fordert, dass Prävention von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Kirche und Gesellschaft entschieden umgesetzt werden muss. Sie muss auf Dauer angelegt und strukturell verankert sein, um so auch zu einer verstärkten Achtsamkeit und veränderten Haltung im Umgang mit Kindern und Jugendlichen beizutragen.**

Die vielen Fälle von sexualisierter Gewalt, die seit Beginn 2010 bekannt wurden, haben das Vertrauen in pädagogische und kirchliche Einrichtungen nachhaltig erschüttert. Für katholische Christen ist es dabei besonders schmerzlich, dass kirchliche

Amtsträger und Strukturen für die unzureichende Aufklärung und den mangelnden Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen mitverantwortlich sind oder gar sexuelle Übergriffe durch Ignoranz und Passivität erst ermöglichen.

Das Ausmaß von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen und an erlittenem Leid in Institutionen, die dem Schutz, der Bildung und Förderung und der Wertschätzung von Kindern und Jugendlichen dienen soll(t)en, hat zu einer Vielzahl von Aktivitäten im Bereich der Prävention von sexualisierter Gewalt geführt. Als Beispiel seien hier die Arbeit des „Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch“ und die Präventionsordnungen der (Erz-)Bistümer genannt. Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. hält es für notwendig, diese Impulse in kontinuierliches Handeln umzusetzen.

Kirchliche und gesellschaftliche Strukturen müssen dahingehend überprüft werden, inwiefern sie den Schutz von Kindern und Jugendlichen fördern. Dazu gehören die Reflexion von Machtstrukturen in Institutionen und die Stärkung der Beteiligung junger Menschen. Eine wohlwollende und sensible Begleitung bei der Ausbildung der sexuellen Identität von Kindern und Jugendlichen, wie sie schon lange Anliegen etwa der katholischen Jugendverbände ist, kann präventiv wirken und Sprachlosigkeit im Kontext von Sexualität in der katholischen Kirche entgegenwirken.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft unterstützt und wertschätzt dabei die vielfältigen Anstrengungen in den nordrhein-westfälischen (Erz-)Diözesen. Die Vernetzung zwischen den beteiligten Akteuren und die Anstrengungen auf allen Ebenen und Handlungsfeldern innerhalb der katholischen Kirche bieten die Grundlage dafür, den Schutz und das Wohl der einzelnen Person in den Mittelpunkt zu stellen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1953 setzt sich die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. für den Schutz und die Achtung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. Sie bietet im Bereich der Prävention von sexualisierter Gewalt Unterstützung, Beratung und Fortbildung an für ehren- und hauptamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Jugend-, Sozial- und Erwachsenenverbänden sowie für Schulen. Bereits im Jahr 2010 wies die Mitgliederversammlung in einer Positionierung auf das „Ende der Unbefangenheit“ in pädagogischen Kontakten nach dem Missbrauchsskandal hin. ■

Ansprechpartner:
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V.
Martin Wazlawik, Dipl.-Pädagoge
Salzstraße 8, 48143 Münster
Telefon: (0251) 54027
E-Mail: info@thema-jugend.de

Gleichheit in Verschiedenheit

Fachkräfte müssen sich mit Vielfalt und Vorurteilen beschäftigen

■ **Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. fordert und fördert die Auseinandersetzung mit Vielfalt und Vorurteilen. Der Kinder- und Jugendschutz muss seine Kernbereiche und Methoden erweitern, wenn er den unterschiedlichen Lebenswelten der Heranwachsenden adäquat begegnen möchte.**

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. hat sich auf ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung mit der Vielfalt in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen auseinandergesetzt. Wie die aktuelle Sinus-Studie deutlich macht, empfinden die meisten Jugendlichen ethnisch-kulturelle Vielfalt in Deutschland als bereichernd für die Gesellschaft und ihren eigenen Freundeskreis. Der Großteil der Jugendlichen akzeptiert Diskriminierungen aufgrund von gesellschaftlich normierten Differenzlinien wie Geschlecht, ethnische Herkunft, religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung oder Behinderung nicht mehr.

Die eine Jugend gibt es nicht (mehr). Pädagogische Fachkräfte müssen Kinder und Jugendliche unter Einbeziehung all ihrer Identitäts- und Zugehörigkeitskonstruktionen fördern und schützen. Gleichheit in Verschiedenheit muss anerkannt, Ungleichbehandlungen müssen benannt und verändert werden.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft setzt sich seit über 20 Jahren für die Rechte von jungen Flüchtlingen ein und hat durch das vielbeachtete interreligiöse Projekt „Dialogbereit“ bereits einen wichtigen Anfang in der Vorurteilsprävention gemacht. Um als Kinder- und Jugendschutz weiterhin zielgruppenorientierte Prävention zu betreiben, müssen die Realitäten der jungen Menschen anerkannt, wertgeschätzt und repräsentiert werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft bietet deswegen Fortbildungen an für Lehrer/-innen, pädagogische Fachkräfte sowie andere Multiplikator/-innen in der Jugendarbeit in den Bereichen Antidiskriminierung, Vorurteilsprävention sowie interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen. Dabei wird einer der Schwerpunkte auf der Reflektion eigener Ressentiments und Vorurteile liegen. ■

Kontakt:
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V.
Regina Laudage, Religionswissenschaftlerin M.A.
Salzstraße 8, 48143 Münster
Telefon: (0251) 54027
E-Mail: info@thema-jugend.de

Genenger-Stricker ist neue Vorsitzende

Wechsel im Vorstand der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft



Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker und Sigrid Stapel bilden die neue weibliche Doppelspitze der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft.

■ **Im Rahmen der Mitgliederversammlung der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft am 22. Mai 2012 in Dortmund wurde der langjährige Vorsitzende, Prof. Dr. Joachim Faulde, verabschiedet. Als seine Nachfolgerin wurde Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker gewählt.**

12 Jahre lang übte Prof. Dr. Joachim Faulde ehrenamtlich das Amt des Vorsitzenden der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft aus. Hauptberuflich ist er Dekan des Fachbereichs Sozialwesen der Katholischen Hochschule (KatHO) NRW, Abteilung Paderborn. Er lehrt dort Erziehungswissenschaft mit den Schwerpunkten Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Vertreter/-innen des Vorstands, der Mitglieder und der Geschäftsstelle bedankten sich im Rahmen einer kleinen Feierstunde für sein kontinuierliches Engagement.

„Der Kinder- und Jugendschutz hat eine Doppelfunktion in unserer Gesellschaft wahrzunehmen: politische Parteinahme für die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention sowie Anstoß und Unterstützung von pädagogischen Initiativen zur Umsetzung dieser Rechte im Sozialisationsprozess.“ Mit diesen Worten beschrieb Faulde die Motivation für seinen Einsatz im Kinder- und Jugendschutz.

Sein Amt übernimmt Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker, ebenfalls Lehrende an der KatHO NRW. Sie ist am Fachbereich Sozialwesen der Abteilung Aachen als Professorin für Theorien und Konzepte Sozialer Arbeit



Geschäftsführerin Gesa Bertels freut sich, die gute Zusammenarbeit mit Prof. Faulde nun mit seiner Nachfolgerin fortsetzen zu können.

mit dem Studienschwerpunkt Kinder-, Jugend- und Familienhilfe tätig. Die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer Forschung und Lehre liegen in den Themenfeldern Geschlechterverhältnisse, Migration und Zivilgesellschaft.

Erneut in den Vorstand gewählt wurden Prof. Dr. Bruno Nikles als Vertreter der persönlichen Mitglieder und Sigrid Stapel als Vertreterin der katholischen Erwachsenenverbände in NRW. Sigrid Stapel wurde zudem als stellvertretende Vorsitzende im Amt bestätigt. ■



BILDUNG NEHMEN WIR PERSÖNLICH!

Jahresschwerpunkt der LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW

■ **Das Jahr 2012 steht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen unter dem Motto: „Bildung nehmen wir persönlich!“ Ein Jahr lang will die Landesarbeitsgemeinschaft bewusst einem weit gefassten und an der Persönlichkeit sowohl der jungen Menschen als auch der Mitarbeiter/-innen orientierten Bildungsbegriff nachgehen. Einen ersten Auftakt bildeten folgende Grundüberlegungen, die im Laufe des Jahres in ein Bildungsverständnis einfließen sollen.**

Seit mehreren Jahren ist Bildung ein zentrales politisches Thema. Aber egal, ob in Land oder Bund, egal, in welcher politischen Partei. Bildung wird fast ausschließlich durch und um Schule (neu-)gestaltet. Die vielfältigen Veränderungen im Schulbereich, wie der ungebremste Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Einführung der Sekundarschule, die schon vorhandenen und durch das Bildungs- und Teilhabepaket neu geschaffenen Stellen der Schulsozialarbeit, gilt es in den Blick zu nehmen und als katholische Jugendsozialarbeit zu gestalten. Ebenso muss sie ihrer Anwaltschaft für junge benachteiligte Menschen gerecht werden und die Diskussion um ein neues Übergangssystem von der Schule in den Beruf gestalten.

Die Idee des Ausbildungskonsenses NRW, dass über eine ausreichende Förderung in der Schule die meisten jungen Menschen einen direkten Weg in die Berufsausbildung finden, wird sich nicht ausschließlich durch eine früher einsetzende Berufsorientierung realisieren lassen. Für diejenigen ausbildungsfähigen Schüler, die trotz allem keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, wird die Landesregierung schulische Berufsausbildungsgänge mit umfangreichen betrieblichen Praxisanteilen in solchen Berufen anbieten, in denen ein Fachkräftebedarf erkennbar ist. Ziel all dieser Maßnahmen ist ein anerkannter Berufsabschluss durch die zuständige Kammer. Dabei sind jederzeit Übergänge in die klassische betriebliche Ausbildung angestrebt. Sollte auch das nicht reichen, stellt das Land bei Bedarf außerbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, in 2012 einmalig bis zu 700. Diese Bestrebungen werden allein nicht ausreichen, um das selbstgesetzte Ziel der Landesregierung zu erfüllen, keinen jungen

Menschen zurückzulassen. Alle Herausforderungen fast ausschließlich über Schule und Berufskollegs lösen zu wollen, wird nicht allen jungen Menschen gerecht werden und überfordert vielleicht auch (wenigstens zu Beginn) Verantwortliche in Schule und Berufskolleg. Die katholische Jugendsozialarbeit bietet sich auch weiterhin als ein guter Partner im Bereich Übergang von der Schule in den Beruf an, der ebenso wie Schule und Berufskolleg fachlich professionelle Bildungsarbeit leistet.

Professionelle Bildungsarbeit ist Anspruch an die alltägliche Arbeit der katholischen Jugendsozialarbeit und in § 13 SGB VIII verankert. Sie richtet sich an alle jungen Menschen, die „zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind“. Diese jungen Menschen unterstützt die Jugendsozialarbeit unter anderem mit sozialpädagogisch begleiteten Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, in der Berufsorientierung und -vorbereitung, mit Bildungsangeboten und Begleitung in Jugendwohnheimen. Die Jugendsozialarbeit begleitet und unterstützt junge Menschen auf ihrem Weg zu einem gelingenden Leben – zu dem auch berufliche Integration und ein formaler Schulabschluss gehören. Mit Blick auf die unterschiedlichen Lebenslagen und individuellen Perspektiven von jungen Menschen richtet sie ihr Augenmerk auch auf gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe: eben auf all das, was zu einem gelingenden und erfüllten Leben nach allgemeiner gesellschaftlicher Norm und nach den persönlichen Vorstellungen des jungen Menschen selbst dazugehört.

Jugendliche mit Migrationshintergrund

2010 wurden nach Angabe des Statistischen Jahrbuchs NRW in Nordrhein-Westfalen 216.147 Schülerinnen und Schüler aus der Schule entlassen, 11.883 von ihnen ohne Hauptschulabschluss, das sind 5,5 %. Nach einer deutschlandweiten Untersuchung des Bundesinstitutes für Berufsbildung im Jahr 2010 sind junge Menschen mit Migrationshintergrund sowohl im Bereich der schulischen Ausbildung als auch bei der Ausbildungsplatzvergabe häufiger benachteiligt als junge Menschen ohne Migrationshintergrund. Die neue Erkenntnis daran ist, dass es auch erhebliche Unterschiede in der Gruppe mit Migrationshintergrund gibt: „Die gemeldeten Bewerber/-innen mit südeuropäischer Herkunft besitzen mit 48 % am häufigsten maximal einen Hauptschulabschluss. Bei türkisch-arabischer Herkunft sind es 45 %, bei osteuropäischer 43 %. Ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil lediglich 33 %. Bewerber/-innen mit türkisch-arabischem Hintergrund weisen relativ häufig einen mittleren Schulabschluss (45 %) auf, aber nur selten die (Fach-)Hochschulreife (7 %). Bei südeuropäischer Herkunft erreichen die entsprechenden Anteile 38 % und 10 %, bei osteuropäischer Her-

kunft 42 % und 13 % (ohne Migrationshintergrund 51 % und 14 %). Junge Migrantinnen und Migranten werden bei der Ausbildungsplatzsuche zudem seltener zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Während sich mehr als drei Fünftel der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund persönlich in Betrieben vorstellen können, trifft dies nur auf die Hälfte der jungen Migrantinnen und Migranten zu. Noch niedriger liegt der Anteil bei Jugendlichen mit türkisch-arabischem Hintergrund (46 %).“

BILDUNG NEHMEN WIR PERSÖNLICH ist mehr als eine Reaktion auf sich verändernde gesellschaftliche oder politische Rahmenbedingungen. **BILDUNG NEHMEN WIR PERSÖNLICH** impliziert die uns eigene christliche Grundhaltung, die den (jungen) Menschen als Subjekt mit all seinen Kompetenzen, Eigenschaften, Werten und Charismen (von Gott geschenkten Gaben und Fähigkeiten) in den Mittelpunkt des Handelns stellt, vor dem Hintergrund seiner Herkunft, in seiner aktuellen Lebenslage und mit seinem individuellen Lebensentwurf. **BILDUNG NEHMEN WIR PERSÖNLICH** betont neben diesem subjektorientierten Ansatz der Arbeit auch das Selbstverständnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen: Sie sind personales Angebot. Es kommt laut Synodenbeschluss in der kirchlichen Jugendarbeit „entscheidend darauf an, dass die Botschaft Jesu den Jugendlichen in glaubwürdigen Menschen begegnet – in Gleichaltrigen ebenso wie in Erwachsenen.“ Und weiter heißt es: „Wo Erwachsene zur Mitwirkung in der Jugendarbeit bereit sind, sollte das vor allem ein Angebot der Kommunikation sein, das heißt: zum Gespräch und zu echter Teilnahme an den Problemen des jungen Menschen“. Der Jugendliche soll in den Mitarbeitern Verhaltens- und Identifikationsmodelle erkennen können, die ihm helfen, er selbst zu werden. Gerade hier geschieht Bildung durch **VORBILDUNG**. Vor diesem Hintergrund sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Katholischen Jugendsozialarbeit täglich aufs Neue herausgefordert, sich dieser Vorbildfunktion bewusst zu sein und ihre ganze Persönlich-

keit in die Arbeit mit und für die jungen Menschen einzubringen.

Passend zum Jahresschwerpunkt **BILDUNG NEHMEN WIR PERSÖNLICH** bietet die Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit im September einen Fachtag „Bildungsgerechtigkeit“ für Interessierte aus Politik, Wirtschaft, Kirche und ihren Trägern und Einrichtungen an. Darüber hinaus werden die Fachkonferenzen und die Mitgliederversammlung sich mit Aspekten des Themas auseinandersetzen. Auch *jugendsozialarbeit aktuell* wird das Jahr hindurch immer wieder Schwerpunktsetzungen im Bereich Bildung vornehmen. ■

Kontakt:
Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e.V.
(LAG KJS NRW)
Ebertplatz 1
50668 Köln
Telefon: (0221) 16537930
www.jugendsozialarbeit.info



Anzeige

Gemeinsam stark für den Kinderschutz. Ihre Spende hilft, Kinder vor Gewalt zu schützen.

Spendenkonto:
DGfPI e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
Konto 11 3 11 03 | BLZ 370 205 00



Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V.
www.dgfpi.de

Wir bedanken uns für die kostenlose Veröffentlichung unserer Anzeige.



THEMA JUGEND

Nr. 2 Juni 2012

THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung
 erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
 Kinder- und Jugendschutz NW e.V.
 Salzstraße 8, 48143 Münster,
 Telefon (02 51) 5 40 27
 Telefax (02 51) 51 86 09
 E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Redaktion:

Gesa Bertels (gb)

Fotos:

Gordon Martin, www.ichweissnich.de

Redaktionsbeirat:

Iris Altheide, Studentenwerk Berlin
 Dr. Eva Bolay, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Münster
 Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Aachen
 Wilhelm Heidemann, Fachlehrer am August-Vetter-Berufskolleg, Bocholt
 Karla Reinbacher-Richter, stellv. Schulleiterin a. D., Recklinghausen
 Annette Wiggers, Jugendamt der Stadt Rheine

Herstellung:

Druckerei Joh. Burlage GmbH & Co KG
 Kiesekampweg 2, 48157 Münster
 Telefon (02 51) 24 222

Bezugspreis:

Einzelpreis 2,- €
 Der Bezugspreis für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

THEMA JUGEND wird auf chlorfreiem Papier gedruckt. Durch chlorfreie Bleiche entstehen keine chlorierten organischen Verbindungen mit Spuren von Dioxinen und Furanen, die die Abwässer belasten.

Der beste umweltbewusste Umgang mit diesem Heft ist: Bitte weitergeben an andere Interessierte!

ISSN 0935-8935

Themenschwerpunkt der nächsten Ausgabe:

Ängste bei Kindern und Jugendlichen

THEMA JUGEND NACHRICHTEN

Einen „**Ferenschutz**“ zur **Sicherung ehrenamtlicher Jugendverbandsarbeit** fordert der Landesjugendring NRW. Die Landesregierung soll sich dieser Forderung zufolge dafür einsetzen, dass in den Hoch- und Fachhochschulen des Landes NRW im Zeitraum der NRW-Schulferien keine Leistungsnachweise und/oder Klausuren vorgebracht bzw. geschrieben werden müssen. Die Einführung eines sogenannten „Ferienschutzes“ soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich in der Zeit der Schulferien in NRW ehrenamtlich zu engagieren. Dabei dürfe dies keine nachteiligen Auswirkungen für das Studium der Betroffenen nach sich ziehen.

- ljr -

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat gemeinsam mit Experten einen Leitfaden mit **Qualitätskriterien für gesundheitsfördernde Maßnahmen** im Bereich Ernährung, Bewegung und Stressregulation entwickelt. Die 20 Kriterien sollen Fachkräften - etwa in Kindertagesstätten, Schulen, Betrieben oder anderen Einrichtungen - helfen, qualitätsgesicherte Angebote zu entwickeln oder die Qualität bestehender Angebote zu verbessern.

„Bei gesundheitsfördernden Maßnahmen auf Qualität zu achten, hilft nicht nur die gesetzten Ziele zu erreichen, sondern auch Zeit, Geld und Arbeitskraft effektiv einzusetzen“, sagt BZgA-Direktorin Prof. Dr. Elisabeth Pott. „Der neue Leitfaden soll Fachkräfte vor Ort ganz praktisch dabei unterstützen, ihre Kompetenzen zu stärken und die Qualität ihrer Maßnahmen zu erhöhen. Jeder Schritt in diese Richtung bringt die Gesundheitsförderung voran.“

- BZgA -

Die Deutsche Bischofskonferenz hat am 3. Mai 2012 im Literaturhaus Hamburg den **23. Katholischen Kinder- und Jugendbuchpreis** verliehen. Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen

Bischofskonferenz, Bischof Dr. Gebhard Fürst, würdigte die Autorin AnneLaure Bondoux: Sie habe mit ihrem Buch „Die Zeit der Wunder“ eine „wunderbare Spur gelegt, um sich mit den kleinen und großen Lebensfragen auseinanderzusetzen“. Sie zeige keinen einfachen und abgeschlossenen Weg auf, sondern lade alle Sinn- und Spurensucher zu einer spannenden Lese- und Entdeckungsreise ein. Bischof Fürst hob die Bedeutung religiöser Bildung für Kinder als Möglichkeit hervor, „zu erfahren, was es bedeutet, aus religiöser Überzeugung sein Leben mit anderen zu gestalten“. Das Buch für junge Leser ab 12 Jahren sei ein Roman, der die Hoffnung „profilieren der Menschenverachtung und Verzweiflung entgegensetzt“, so der Bischof.

- DBK -

Zum Abschluss des 17. Deutschen Präventionstages am 16. und 17. April in München forderte der Deutsche Präventionstag die Politik nachdrücklich auf, an dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzip festzuhalten. **Kriminalprävention könne und dürfe Sozialpolitik nicht ersetzen.** Vielmehr, so der Deutsche Präventionstag und seine Partner in der Münchener Erklärung, sei Kriminalprävention eng zu verstehen: Nur diejenigen Strategien, Konzepte und Maßnahmen, die tatsächlich direkt oder indirekt die Verhinderung oder Minderung von Kriminalität zum Ziel haben, dürften als „kriminalpräventiv“ bezeichnet werden. Den 17. Deutschen Präventionstag haben rund 4.000 Teilnehmer besucht. Der 18. Deutsche Präventionstag findet am 22. und 23. April 2013 in Bielefeld statt.

- Deutscher Präventionstag -

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat eine **Novellierung des Jugendschutzgesetzes** angekündigt. Anbieter sollen in Zukunft ihre Online-Filme und Online-Spie-

le nach den Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes kennzeichnen lassen können. Diese Regelung ist zentraler Bestandteil einer geplanten Novellierung, zu der die zuständige Bundesministerin Kristina Schröder in Kürze die Abstimmung unter den beteiligten Bundesministerien einleiten wird.

Ziel der Novelle ist beispielsweise bei den online vertriebenen Computerspielen, dass Anbieter eine Alterskennzeichnung bei der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) beantragen können. Damit können nur online vertriebene Computerspiele ein USK-Rating und die daraus resultierende Rechtssicherheit erlangen. Grundsätzlich werden nach dem deutschen Gesetz Computer- und Videospiele, die über Datenträger vertrieben werden, über das Jugendschutzgesetz reguliert.

- BMFSFJ -

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) wird sich künftig noch stärker für den **Schutz von Kindern und Jugendlichen** vor sexualisierter Gewalt einsetzen. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten am 19. April DOSB-Präsident Thomas Bach und der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, in Berlin. Darin verpflichtet sich der DOSB, die empfohlenen Leitlinien des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ zu Prävention, Intervention und Aufarbeitung bei der Entwicklung und Weiterentwicklung von Präventionskonzepten zu berücksichtigen. Die Unterzeichnung stellt den Auftakt weiterer Vereinbarungen und Erklärungen zwischen dem Unabhängigen Beauftragten und den kommunalen Spitzen, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden oder dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) dar.

- DOSB -

**Die nächste Ausgabe von
THEMA JUGEND
kommt am 17. Sept. 2012.**